

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 19361.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mh. durch die Post bezogen 3.75 Mh. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Warschau, 13. Febr. (Privatelegramm.) Der amtliche „Gewinnik Warszawski“ meldet, die Auswanderung der Juden aus Polen nehme ganz bedeutende Dimensionen an. Die wohlhabenderen Familien gehen nach Nordamerika, die armen nach Argentinien.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. Februar.

Socialistendebatte im Reichstage.

Wider Erwarten hat die vorgebrachte Erörterung über die Frage, ob die Reichseisenbahnverwaltung im Rechte war, als sie zwei Arbeiter, die sich an der sozialdemokratischen Agitation beteiligt hatten, aus der Arbeit entlassen, gestern zu einer von dem Abgeordneten v. Stumm veranlassten großen Socialistendebatte Anlaß gegeben, bei der der Gegensatz in der Beurtheilung der Methode, wie die Sozialdemokratie zu bekämpfen ist, in schroffster Weise hervortrat. „König Stumm“ steht heute noch auf dem Standpunkte, daß er die Aufhebung des Socialistengesetzes befürwortet, was nicht überrascht, aber er hat sein Urtheil über die Bestrebungen der Sozialdemokratie mit einer Schärfe und Rücksichtslosigkeit ausgesprochen, die begreiflicher Weise die Abgeordneten Bebel und Singer zu einer Entgegnung in gleichem Stil veranlaßte. Ob der volksparteiliche Abgeordnete Hauffmann, der sich übrigens mit großer adovokatorischer Geschicklichkeit dem Einspruch des Präsidenten Grafen Ballerstrem gegen einige seiner Ausdrücke entzog, den richtigen Ton traf, als er Herrn Bebel in dem Redebewill mit Herrn v. Stumm als Sieger proklamierte, ist eine Frage, die selbst auf der Linken nicht überall bejaht wird, aber die Schlüsse, die er aus dem anscheinend ganz unmotivierten Angriff Stumms gegen Bebel und Gen. gezogen, haben vielfach Zustimmung gefunden. Auffällig war übrigens, daß Herr v. Stumm für seine Auffassung, die Staats- und Reichsverwaltungen dürften sozialdemokratische Arbeiter in ihren Betrieben ebenso wenig dulden, wie er selbst sich auf die vorgebrachte Erklärung des Eisenbahministers Thielens berief, während dieser doch ausdrücklich gesagt, die Verwaltung kümmere sich nicht um die Gesinnung, sondern um das Handeln der Arbeiter. Leider war Herr Thielens gestern in der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses beschäftigt, um seine Auffassung der Verdunkelung gegenüber zu vertreten, welche dieselbe durch die heutige Erklärung des Geh. Ober-Regierungsraths Wackerbarth erfuhr, der von einem Verbot der Theilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen sprach, während Minister Thielens gestern gesagt hatte, in der Arbeitsordnung für die Werkstätten der Reichseisenbahnverwaltung sei bestimmt, daß die Arbeiter sich nicht in agitatorische Bestrebungen gegen die bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung einlassen sollen. Da die Debatte gestern noch nicht zum Abschluß gekommen ist, wird Herr Thielens heute vielleicht diesen Widerspruch aufzuklären.

Im übrigen ist es von Interesse, daß während Herr v. Hardorff sowohl wie der Deutschconservative Herr v. Hellendorff sich auf die Seite des Herrn v. Stumm stellten — für Herrn v. Hellendorff ist es nur eine Frage der Zeit, wie lange wir ohne Socialistengesetz auskommen und Herr v. Hardorff hält eine Verschärfung der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit schon jetzt für notwendig —, das Centrum, ohne dessen Mitwirkung dergleichen Absichten sich nicht verwirklichen lassen, in der Debatte nur durch den Abg. Hitzé vertreten war, der die Entlassung sozialdemokratischer Arbeiter nicht für praktisch hielt, weil jeder entlassene naturgemäß ein Agitator werde. Hitzé stellte sich somit auf denselben Standpunkt wie die Freisinnigen Hirsch, Schrader und Barth, wovon freilich Herr v. Stumm, der sehr erfreut darüber zu sein behauptete, daß die Stellung der Freisinnigen und der Volkspartei zu den Sozialdemokraten sich so geklärt habe — eine sehr verständliche Denunciation mit bekannter Adresse —, gar keine Notiz nahm. Vielleicht tröstet er sich damit, daß Herr Hitzé nicht maßgebend für die Stellung des Centrums in dieser Frage ist. Nach den Erfahrungen der letzten Tage würde es allerdings nicht überraschen, wenn das Centrum sich auch in der Methode der Bekämpfung der Sozialdemokratie den Conservativen anschließen sollte. Von den Nationalliberalen sprachen Moeller und Bennigsen, letzterer nur in einer Art persönlicher Bemerkung, während Moeller die Ansicht vertrat, daß die Stärke der Sozialdemokratie sehr übertrieben werde und daß ihr Einfluß gesunken sei. Aber man wird erst weiteres abwarten müssen.

Die Tendenz des Zedlitz'schen Volks-schulgesetzes.

Zu den überraschenden von uns gestern des näheren erörterten Vorgängen in der Donnerstagssitzung der Volksschulcommission, welche die Tendenz des Entwurfs in ein so überaus helles Licht setzt, bringt die „Liberale Corresp.“ folgende Ausführungen:

Der Cultusminister hat bekanntlich dem Vorschlag der Linken, dem Principientreit durch die Beschränkung des Gesetzes auf die äußeren Verhältnisse der Volksschule ein Ende zu machen, mit der Behauptung widersprochen, es sei endlich an der Zeit, das Gesetz an die Stelle des weisen Ermessens eines Ministers zu setzen. Der Gedanke, der ministeriellen Allmacht auf dem Gebiete der Volksschule feste Schranken zu setzen, hat ja für jeden, der die Schattenseiten des be-

stehenden Zustandes kennt, etwas überzeugendes. Indessen stellt sich, je weiter die Berathung fortsetzt, um so deutlicher heraus, daß der jetzt vorliegende Gesetzentwurf zwar der Action des Ministers und der Behörden einen gewissen Rahmen giebt, daß aber, wenn das Gesetz zu Stande kommt, das weise Ermeessen des jeweiligen Cultusministers nur in solchen Punkten beschränkt wird, in denen z. B. ein zweiter Falk von der Praxis des Grafen Zedlitz abweichen möchte, und daß der Minister es nach wie vor in der Hand hat, den Kirchen in der Herrschaft über die Schule Zugeständnisse zu machen, die über die in dem Gesetz festgestellten weit hinausgehen. Von freisinniger Seite war nach dem Vorgange des Ministers v. Mühlner beantragt worden, die Maximalzahl der wöchentlichen Religionsstunden in dem Gesetz festzulegen, um, wie das auch hr. v. Mühlner beabsichtigt hatte, zu weit gehenden Ansprüchen der Kirchen einen Damm entgegenzustellen. Wohl hätte Graf Zedlitz über die Zahl der Stunden, die der Abg. Rickert nach der Falk'schen Regulative von 1872 normieren wollte, Bedenken erheben können, obgleich die Falk'schen Regulative bis jetzt noch in Kraft sind. Nichts derart. Der Cultusminister erklärte, er müsse in dem Antrag ein Misstrauensvotum gegen seine Person sehen. Auf der einen Seite also wird eine gesetzliche Regelung des Volksschulwesens verlangt, weil das weise Ermeessen des Cultusministers nicht ausreiche; soll aber eine Bestimmung in das Gesetz eingefügt werden, welche dem Cultusminister den kirchlichen Ansprüchen gegenüber den Rücken stützen soll, so klagt Graf Zedlitz, man misstrau ihm. Diese Taktik ist außerordentlich durchsichtig. Den Kirchen gegenüber will Graf Zedlitz freie Hand behalten, für den Fall, daß er Anlaß haben sollte, ihnen Zugeständnisse zu machen, die sie auf Grund des Gesetzes nicht beanspruchen könnten. Denn wenn der Cultusminister in der That entschlossen war, am höchsten vierstündigen Religionsunterricht an mehrklassigen Schulen festzuhalten, so könnte ihn die geistliche Feststellung dieser Zahl nicht beeinträchtigen. Die Vertheidigung des Ministers ist also der Art, daß ein Misstrauensvotum gegen seine Person durchaus gerechtfertigt erscheinen könnte. Die eigentliche Absicht des Gesetzes ist keine andere als die, Vorkehrungen zu treffen, daß in der Folge einmal ein zweiter Falk in das Cultusministerium einziehen sollte. Nicht sein eigenes weise Ermeessen will Graf Zedlitz beschränken, sondern dasjenige seiner eventuellen Nachfolger. Er würde auch ohne Gesetz weitgehenden Ansprüchen der Kirchen entsprechen; aber worauf es ankommt, ist seine Nachfolge zu zwingen, eventuell im Widerspruch mit ihrer besseren Überzeugung seine Wege zu wandeln.

Rechnet man zu diesen Vorgängen nun noch die geistige Ablehnung des Antrags Rickert, welcher bei 120 Schülern die Anstellung eines zweiten Lehrers verlangte, so erhält man nachgerade ein Bild von mehr als abschreckender Beschaffenheit.

Über die Chancen der Vorlage geht uns heute folgende Nachricht zu:

Berlin, 13. Februar. (Privatelegramm.) Die Parlamentarier, welche den Hofball am Donnerstag besuchten, gewannen aus den dort gepflogenen Unterhaltungen die Überzeugung, der Schulgesetzentwurf werde mit unwesentlichen Abänderungen an das Herrenhaus gelangen; es sei nicht ratsam, sich auf einen anderenweiten Ausgang oder auf besondere Nachgiebigkeit der Regierung Hoffnungen hinzugeben.

Reichstagsession und Staatsrath.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns: Die Meldungen einiger Zeitungen, daß eine Verständigung zwischen Reichstag und Regierung über die Beendigung der Sessjon vor Bingen getroffen oder in Aussicht sei, entbehren jeder Begründung. Auch in parlamentarischen Kreisen ist seit einigen Tagen das Gerücht verbreitet, daß die Berufung des Staatsraths in Frage stehe. Motiviert wird diese Absicht aber nicht mit wirtschaftlichen Fragen, sondern mit der Frage des — Volksschulgesetzes.

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht. Der vom Bundesrath angesehene und nun mehr dem Reichstage zugegangene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht verzäßt in sechs Abschnitte. In denselben sind enthalten Vorschriften über die Errichtung der neuen Gesellschaft, über die Rechtsverhältnisse der Gesellschaft und der Gesellschafter, über die Vertretung und Geschäftsführung, über die Abänderung des Gesellschaftsvertrages, über die Auflösung und Liquidation, sowie Schlusbestimmungen. Dem Entwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben, die in ihrem allgemeinen Theile die Vorteile darlegt, welche die neue Gesellschaftsform für unser ganzes Erwerbsleben hat. Auch wird darin auf die Aeußerungen verwiesen, welche von Organen des Handelstandes über die neue Gesellschaftsform gethan sind und die sich übereinstimmend für dieselbe erklärt haben. Godann folgt eine spezielle Motivierung der verschiedenen Abschnitte, in welcher die Zweckmäßigkeit der Einzelbestimmungen dargebracht wird. Der Entwurf sowohl wie die Begründung sind umfangreiche Drucksstücke, die von einer langwierigen Arbeit zeugen. Die erste Anregung zu der Vorlage wurde ja auch schon bei der Berathung des Acten-gesetzes vom 18. Juli 1884 gegeben. Damals be-

reits wurde die Frage aufgeworfen, ob die Gesellschaftsformen, welche für den Betrieb von Unternehmungen mit dem vereinigten Capital einer Mehrheit von Theilnehmern rechtlich anerkannt waren, dem Bedürfniss genügen und ob nicht eine Ergänzung derselben durch Einführung einer neuen Form für Associationen mit beschränkter Haftung sämtlicher Theilnehmer in Aussicht zu nehmen wäre. Die nach dieser Zeit eingeführten neuen Gesellschaftsformen konnten dem damals schon hervorgetretenen Bedürfnisse nicht genügen. Es ist deshalb erfreulich, daß die Lücke in dem bestehenden Rechte nunmehr ausgefüllt werden soll. Obgleich die Berathung über den umfangreichen Entwurf einen längeren Zeitraum beanspruchen dürfte, ist doch im Hinblick auf das große Interesse, welches unser ganzes Erwerbsleben, namentlich auch die industriellen Kreise an der Lösung dieser Frage nehmen und bei der bisher in der öffentlichen Meinung zum Ausdruck gekommenen Übereinstimmung über die Zweckmäßigkeitfrage der neuen Gesellschaftsform anzunehmen, daß der Reichstag noch in seiner gegenwärtigen Sessjon den Entwurf zur Verabschiedung bringen wird.

Der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Italien und der Schweiz.

Der schweizerische amtliche Bericht über die Bundesratsverhandlungen bezeichnet als Ursache des Abbruchs der Handelsvertragsverhandlungen mit Italien, daß die von Italien gemachten Zugeständnisse für diejenigen Arten von Baumwollgeweben und -Stickereien, welche hauptsächlich aus der Schweiz nach Italien importiert würden, ungenügend seien, da sie nicht einmal 3 Proc. der gegenwärtigen Zollsätze ausmachten und daß Italien für die Einfuhr in die Schweiz bedeutendere Vortheile verlange als es bisher genossen, besonders für Wein und frische, sowie gestampfte Trauben, ingleichen für Schweine u. s. w., während Italien selbst eine compensationweise Herabsetzung des Zölles ablehne. Angesichts dieser Thatsachen scheine der Abschluß eines Vertrages um so weniger möglich, als die italienischen Delegirten die Weisung erhalten hätten, für den Fall, daß die Anträge ihrer Regierung, so wie sie gestellt seien, abgelehnt würden, Zürich zu verlassen. Aus diesen Gründen habe der Bundesrat beschlossen, vom 13. Februar ab den Generaltarif anzuwenden.

Der italienische Finanzminister ließ den Zollbehörden gestern die Verfügung zugehen, auf die aus der Schweiz eingeführten Waaren von heute ab den allgemeinen Zolltarif anzuwenden.

Die „Agenzia Stefani“ meldet, daß der schweizerische Gesandte in Rom auf Anweisung des Bundesraths die italienische Regierung ersucht habe, die Unterhandlungen ungeachtet der beiderseitigen Anwendung der Generaltarife fortzusetzen. Der Ministerpräsident Rudini habe erklärt, er sei im Prinzip damit einverstanden und man werde sich des weiteren darüber verständigen.

Einstellung des englischen Grubenbetriebes.

Die gestern in Manchester abgehaltene Conferenz des englischen nationalen Bergarbeiterverbandes faßte einen Beschuß zu Gunsten einer allgemeinen Einstellung des Grubenbetriebes zu Mitte März, um eine weitere, durch die Überproduktion veranlaßte Herabsetzung der Löhne zu verhindern. In der ersten Woche nach erfolgter Arbeits-einstellung findet eine weitere Conferenz zu dem Zwecke statt, eine Verlängerung des Betriebsstillstandes zu erwägen.

Milans Verzicht.

Die serbische Regierung wird, wie man dem „B. T.“ aus Belgrad telegraphirt, der Skupština in einer der nächsten Sitzungen eine vom Erkönig Milan eigenhändig aufgefertigte Vertragleistung vorlegen, in welcher Milan bedingungslos der Mitgliedschaft des serbischen Königshauses entsagt, auf das serbische Staatsbürgersrecht verzichtet und sich verpflichtet, niemals in seinem Leben wieder serbischen Boden zu betreten. Zugleich trifft Milan seine sämmtlichen Besitzthümer in Serbien an König Alexander ab; diese Tassion ist bereits gerichtlich durchgeführt. Mit dieser Verzichtserklärung, welche offenbar die Gegenleistung Milans für die vielen ihm gewährten pecunären Beihilfen darstellt, hat Milan Obrenowitsch der Möglichkeit, jemals in seinem Vaterlande wieder eine politische Rolle zu spielen, entzagt. In seinem Kampfe mit seiner geschiedenen Frau, Natalie Keschko, hat also die Letztere zweisellos den endgültigen Sieg davongetragen. Der jetzt im sechzehnten Lebensjahr stehende König Alexander wird, wenn die Zeit über die traurigen Begebenheiten im Hause Obrenowitsch erst Gras hat wachsen lassen, seiner Mutter die Erlaubnis zur Rückkehr nach Serbien gewiß nicht auf die Dauer vorerhalten.

Gulistan und Akhdie.

In den diplomatischen Kreisen der türkischen Hauptstadt wird, wie man der „Pol. Corr.“ aus Konstantinopel schreibt, die Entwicklung der Dinge in Aegypten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Wenn auch die Berichte französischer Blätter über Selbständigkeitswünsche des neuen Akhdie Abbas Pascha und demonstrative Bekundungen derselben für Überreibungen gelten können, so stimmen doch alle Berichte aus Cairo darin überein, daß das traditionelle Widerspiel französischer und englischer Interessen in Aegypten in Folge des letzten Thronwechsels lebhafter als je getrieben wird. Selbstverständlich machen sich die Reisegefechte dieses diplomatischen Kampfes am Nil in merklicher Weise auch am Goldenen Horn fühlbar, indem jeder der beiden Theile den bedeutenden Einfluß der Pforte seinen Zwecken dienstbar zu machen sucht. Bei dem vorsichtigen, jeder Ueberleistung abgeneigten Wesen des Sultans, ist es natürlich, daß die Pforte sich bisher weder in der einen, noch in der anderen Richtung engagirt hat, vielmehr die günstige Gelegenheit für ihre eigenen Zielen auszunützen sucht. Der Sultan hegt den lebhaften Wunsch, daß Abbas Pascha durch einen Besuch in Konstantinopel dem Abhängigkeitsverhältnisse Aegyptens einen sollenen Ausdruck geben möge; ein Wunsch, dessen Ausführung schon angeregt worden sein soll, als Abbas Pascha sich in Triest einschiffte und in dem der Sultan durch die Gegner des englischen Einflusses in Aegypten nur verstärkt wird, weil seine Ausführung gewissermaßen das Vassallenverhältniß Aegyptens zur Türkei in die erste Linie rücken würde.

Die nächste Präsidentenwahl in der Union.

Der „New York World“ wird aus Washington depechiert, daß die Freunde des Staatssekretärs Blaine einen Feldzugsplan vorbereiten, um die Wiedererwählung des Präsidenten Harrison bei der kommenden Präsidentenwahl zu verhindern. Die Gegner des Präsidenten führen zur Vertheidigung ihres Planes an, daß die republikanische Partei im Falle der Candidatur Harrisons im Staate Newyork eine Niederlage erleiden würde. Wer gegen den Präsidenten Harrison aufgestellt werden wird, ist noch nicht bekannt. Der jetzige amerikanische Gesandte in London, Mr. Lincoln, hat große Aussichten, steht jedoch, wie es heißt, treu zu Mr. Harrison. Dieser selbst soll sich der Hoffnung hingeben, den demokratischen Widerstand in Newyork überwältigen zu können.

Schulgesetzecommision.

Wie bereits telegraphisch gemeldet ist, hat die Schulgesetzecommision gestern die §§ 6—13 inclusive, mit Ausnahme des wichtigen al. 3 des § 6, welcher die Vertheilung der kirchlichen Oberbehörden bei der Einführung neuer Lehrpläne und Schulbücher für den Religionsunterricht regelt, und mit Ausnahme des § 11, betreffend Einschulung von Kindern gegen den Willen der Eltern, erledigt. Die zurückgestellten Bestimmungen sollen im Zusammenhang mit den weiteren principiellen Paragraphen verhandelt werden. Über die Verhandlungen selbst geht uns noch folgender ausführlicher Bericht zu:

Zu § 6 (Feststellung des Lehrplanes u. s. w. durch den Regierungspräsidenten) fanden Anträge der Nationalliberalen und der Conservativen vor, welche die Entscheidung der Verwaltung über neue oder erhöhte Anforderungen an die Unterhaltungspflichtigen eindrängen sollten. Der Cultusminister widerspricht der Tendenz der Anträge nicht. Beiläufig hebt er hervor, daß er das Schulastengesetz von 1887 in seinen Wirkungen nicht für nützlich erachtet, wie er denn auch als Mitglied des Staatsraths seine Meinung offen gefragt habe; worauf Herr Rickert daran erinnerte, daß die freisinnige Partei, die den Standpunkt des jüngsten Cultusministers von Anfang an gehieilt habe, seiner Zeit von den Conservativen deshalb auf das heftigste angegriffen worden sei. Bei der Abstimmung wird der Antrag Hobrecht gegen 9 Stimmen abgelehnt; dagegen der Antrag Bartels und Gen. angenommen. Darnach darf der Regierungspräsident Bestimmungen betreffend die Errichtung neuer Volksschulen, Klassen oder Lehranstalten, welche neue oder erhöhte Leistungen der Unterhaltungspflichtigen erforderlich machen, nur nach Anhörung der verstärkten Kreis-(bez. Stadt-) Schulbehörden zu stellen. Von besonderem Interesse war die Berathung des Antrags Birchows, wonach der Cultusminister bei der Aufstellung des Lehrplanes, der inneren Einrichtung der Volksschule u. s. w. nach Anhörung eines obersten Schulrathes, der aus Lehrern, Aerzten, Geistlichen und Architekten bestehen soll, allgemeine Vorschriften erlassen soll, deren Ausführung der Regierungspräsident mit dem Recht, lokale Abweichungen im Bezugnehmen mit den Kreis-(Stadt-) Schulbehörden zu lassen, überwacht. Nach Motivierung des Antrages, den Birchow als Stärkung der Stellung des Cultusministers bezeichnet, erklärte er persönlich, daß der oberste Schulrat nur beratende Instanz sein sollte; die Verantwortung müsse beim Minister selbst liegen. Er wisse sehr wohl, daß im Lande viel Unzufriedenheit dadurch hervorgerufen werde, daß alles in Berlin geregelt werde; er habe das während der 18 Jahre, in denen er nicht Beamter gewesen sei, empfindlich genug erfahren. Die Abg. Grimm, Hobrecht, Ludomieg und Frhr. v. Zedlitz sprachen sich im Prinzip für den Antrag aus; die Abg. Rintelen, Bruel gegen denselben, ebenso Graf Limburg-Stirum, der für den obersten Schulrat nicht einen Groschen bewilligen will. Entsprechend der Anregung des Cultusministers zieht Birchow seinen Antrag bis zur Berathung der Novelle zum Gefüge über die allgemeine Landesverwaltung zurück. Demnächst wird die Bestimmung des § 6 unter Streichung der Worte: „die Veränderung der bestehenden Schuleinrichtungen“ (bestimmt der Regierungspräsident) von der Mehrheit angenommen. Die zweite Bestimmung, wonach in Städtkreisen die verstärkte Stadtschulbehörde über die Errichtung neuer Schulen, Klassen und Lehranstalten beschließen wird mit dem von dem Abg. Graf Limburg beantragten Zusatz angenommen, daß das Gleiche für solche Städte gilt, denen die Berechtigung dazu seitens des Ministers ertheilt ist. Als neuen § 9a. beantragte Abg. Rintelen Folgendes: „Bei mehrklassigen Schulen sind wenigstens die oberen Klassen in der Regel nach Geschlechtern getrennt einzurichten. In den oberen Mädchenklassen sollen, wo die Verhältnisse es gestatten, Lehrerinnen den Unterricht ertheilen.“ Der Antragsteller motiviert diesen Antrag damit, daß auf Mädchern die Lehrerinnen größeren Einfluß haben als die Lehrer. Der Commissar des Cultusministers constatirt, daß die Verwaltung der Anstellung von Lehrerinnen wohlwollend gegenübersteht; zur Zeit seien 6800 Lehrerinnen, davon 4200 an katholischen, 2500 an evangelischen Klassen thätig. Die Abg. Seiffhardt und Grimm sind dem Antrage sympathisch; Rickert befürwortet denselben, vorbehaltlich einer anderen Fassung. Er meint aber, das principielle Wohlwollen der Verwaltung für die Lehrerinnen sei faktisch z. B. beim Schulastengesetz, welches für Lehrerinnen nur einen geringen Aufschluß gewähre, nicht bewiesen. Der Cultusminister versichert, er habe seit

seinem Eintritt in das Amt die Errichtung von Lehrerinnenstellen gefördert. Der Antrag Kintel wird gegen 6 Stimmen abgelehnt. § 10 — in Städten sollen in der Regel Volksschulen mit mindestens drei aufsteigenden Klassen bestehen — wird unverändert angenommen. § 12 läßt, wenn die Zahl der einem Lehrer überwiesenen Kinder 80 übersteigt, die Errichtung einer Halbtagschule zu. Nicht beantragt, bei mehr als 120 Kindern die Anstellung eines zweiten Lehrers (wie in Sachsen). Der Cultusminister bezeichnet diesen Antrag als unannehmbar, da derselbe die Staats-, sowohl als die Gemeindebelästigung in ärmeren Gegenden unverhältnismäßig steigern würde. Auch der Commissar des Finanzministers erklärt, die Regierung könne nicht weiter gehen; steht schon bestanden die größten Bedenken bezüglich des bereits Gewährten. Nachdem Herr Wessel (Streitpunkt) und v. Huenne gegen Ennecerus für den Antrag erklärt, wird derselbe abgelehnt. Dagegen erhält auf Antrag Bruel § 12 folgenden Zusatz: „Sind ein Lehrer und eine Lehrerin angestellt, so sind Mittel- und Oberklasse nach Geschlechtern zu trennen. In den Anaberklassen erhält der Lehrer, in den Mädchenklassen erhält die Lehrerin den Unterricht.“

Nächste Sitzung: Montag.

Reichstag.

170. Sitzung vom 12. Februar.
Der Gesetzentwurf betreffend den österreichischen Vereinskatholiken wird in 3. Lesung angenommen.
Darauf wird die Beratung des Staats der Reichseisenbahnen fortgesetzt.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Socialdemokratische Arbeiter sind nicht nur für die Staatswerke, sondern für jeden Betrieb ungeeignet. Die socialdemokratische Partei hat kein Recht, sich eine politische Partei zu nennen; ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Arbeiter zu unterführen zu machen. Die socialdemokratische Partei ist auch keine wirtschaftliche Partei; sie umfasst alle diejenigen Elemente, welche von Gist, Hahn und Heid gegen die Gesellschaftsordnung durchdrungen sind; sie greift die Ehe an, verherrlicht die freie Liebe, läßt die Religion, vertheidigt den Meineid (Ruf: Störker!) und in letzter Zeit sogar den Diebstahl. (Ruf: Baare! Stempelschäfer!) Ich begreife nicht, wie es noch Menschen, namentlich Professoren, gibt, die der Socialdemokratie noch eine ideale Seite abgewinnen können. (Ruf: Eisenbahnen!) Der Präsident fordert den Redner auf zum Staat zu sprechen. Redner entwidelt dann seine Ansichten von der Socialdemokratie und schließt mit dem Dank an den Eisenbahnminister, daß er keine Socialdemokraten in der Eisenbahnverwaltung dulden wolle. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Bebel: Die sehr schwächliche Rede des Vorsitzers hat nur insofern Bedeutung, als er tatsächlich Beziehungen nach oben unterhält; er schien so etwas wie ein neues Socialistengesetz verkünden zu wollen. hr. v. Stumm hat seine Anschuldigungen nur gegen die Socialdemokraten außerhalb dieses Hauses gerichtet, natürlich, wie er selbst gesagt hat, nur der Geschäftsordnung halber! Ich bedauere, daß v. Stumm nicht den Mut hatte, sich gegen die Socialdemokratische Partei hier im Hause zu wenden. Nach der Ansicht des Herrn v. Stumm beweist unsere Partei nur Gist, Hahn, Heid! Das sagt ein Mann, dessen Klassengenossen seit Jahren die Aline der Gesetzgebung nur gehabt haben in ihrem Klassenseite! Ich erinnere an die Schutzzölle, an die Schnaps- und Zuckerpämie; ich erinnere ferner an die Schienenbetrügerien, an die falschen Steuerangaben von Klassengenossen des Vorsitzers in Bochum. Das sind die Vertreter der beschäftigten und gebildeten Klassen, nach der Auflösung des Abgeordneten von Stumm die Repräsentanten der Sitze, der Moral und des Christenthums. Auch, die freie Liebe zog er in Betracht; davon sieht der Abgeordnete v. Stumm doch schweigen, er giebt Klassen, wo die Muttersemmelwirtschaft so ausgeprägt ist, daß der Abg. v. Stumm in seinem Kreise wohl eine ganze Reihe von Fällen kennen wird, die man völlig als freie Liebe bezeichnen kann. Die Beschuldigung der Parteityrannisierung müssen wir Ihnen hören; wollen Sie etwa sagen, es sei keine Tyrannie, wenn die Gebr. Stumm keine socialdemokratischen Arbeiter in ihren Fabriken beschäftigen, wenn die Eigentümner eine Fabrikordnung erlassen, die einer Zuchthausordnung so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern, und die erst unter dem Druck der Gewerbeordnungsvereine so umgedeutet ist, daß man sie als halbwegs menschlich bezeichnen kann? (Vizepräsident Graf Ballestrem ruft den Redner zur Ordnung.) Nach meiner Aussicht hat der Staat kein Recht, in seinen Betrieben solche Bestimmungen zu erlassen. Sie haben das ja an Ihrem eigenen Leibe erfahren, durch die Maßregelung des Grafen Limburg-Strum, gegen die die conservative Partei sehr lebhaft protestiert. Und es ist doch ein Unterschied zwischen einem kaiserlichen Beamten, der verpflichtet ist, keine politische Opposition zu treiben, und einem Arbeiter, der ohne Rücksicht auf seine politische und wirtschaftliche Gesinnung nur seine Arbeit zu thun hat. Die Aussicht der Staatsseisenbahnverwaltung über die Gesinnung der Arbeiter widerspricht ausdrücklich der Erklärung, die Staatssekretär v. Bötticher am 13. Januar hier abgegeben hat, daß eine Reihe von fiscalischen Betrieben nicht solche Bestimmungen haben und auch nicht die Absicht haben, solche Bestimmungen zu erlassen. Die Aussicht des Herrn v. Bötticher entspricht auch weit mehr den Anschauungen des Reichsoberhauptes, als die des Ministers Thiel. (Lebhafte Widerspruch rechts.) In einer Audienz wurde 1889 dem Geheimrat Bötticher und dem Abg. Rösche erklärt, daß es darauf ankomme, den Arbeitern die Überzeugung beizubringen, daß sie ein allen übrigen gleichberechtigten Stand seien. Dann versteht es sich aber auch von selbst, daß kein Unterschied in Bezug auf die politische Gesinnung gemacht werden darf. Ebenso ist in dem kaiserlichen Erlass vom 4. Februar 1890, welcher die internationale Arbeiterschutzkonferenz einleitete, ausdrücklich ausgesprochen, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollten. Musteranstalten aber und daneben Maßregelungen anders gesinnter Arbeiter, das verträgt sich nicht. Herr Freiherr v. Stumm, halten Sie denn Ihren Betrieb für eine Musteranstalt? (Heiterkeit.) Von jeher galt ein Chicanen mit Rücksicht auf politische Überzeugung als ebenso unanständig wie aus religiöser Überzeugung. Sie ziehen den Arbeiter zu allen Pflichten heran, wie können Sie da seine Rechte beschränken? Wenn der Staat, der doch gleichmäßige Gerechtigkeit üben soll, zu solchen Ver- und Geboten übergeht, so stellen Sie die bürgerliche Freiheit in Frage, verkümmern das Verfassungs-, das Wahlrecht, die Gewerbefreiheit, lassen also die Grundrechte der Staatsbürger an. Die Socialdemokratie besteht als Partei, sogar als die größte Partei, sie wird noch weiter wachsen und ihr Anhang wird in das Militärlieben, in die Eisenbahnverwaltung und in andere staatliche Verwaltungen dringen. Wie weit die Socialdemokratie schon gedrungen ist, beweist die Veröffentlichung des Erlasses des Prinzen Georg. Wenn nun Deutschland einmal in die Lage kommen sollte, für seine Einheit das Schwert zu ziehen, und Sie genehmigt sein werden, auch den letzten Mann der Socialdemokratie zu gebrauchen, so dürften Sie ihnen schwerlich etwas antun können, wenn Sie behaupten, einen solchen Staat nicht zu verhindern nötig zu haben. Die Socialdemokraten haben überall ihre volle Schuldigkeit gethan. Sie sind in der Verwaltung musterhaft, und in der Fabrik die besten und wichtigsten Arbeiter. Sie bringen also den Staat in Gefahr, wenn Sie solche unvorsichtigen Maßnahmen treffen. Sie treiben dabei die Vogelstrafpolitik und merken nicht, daß bei allen äußeren Ordnung es unter Ihren Füßen bohrt und wühlt. Solche Maßregeln, wie sie die Eisenbahnverwaltung gegen die socialdemokratischen Arbeiter getroffen hat, stehen im Widerpruch mit der Cultur und den allgemeinen staatlichen Gesetzen und der Wohlstandsfähigkeit. Dabei ist keine Ehre zu holen, sondern nur Blamage und Niederlage. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Haushmann (Volkspartei): Wir haben soeben alle gelesen, wohin die Verhandlungen kommen, wenn hier agitatorische Reden gehalten werden, wie sie Abg. v. Stumm hielt, und auf die in ebensolcher Weise zu antworten die Socialdemokraten nicht gehindert werden konnten. Der Abg. Stumm hat etwas Ungeschicktes gethan. Merkt er denn nicht, daß ihm Abg. Bebel an dialectischer und logischer Geschicklichkeit weit überlegen ist? Wenn man beide Reden würde drucken und verbreiten lassen, würde die Rede Stumms niemand lesen und die Bebels würde eine sehr bedeutende Wirkung zu Gunsten der Befreiungen hervorrufen, von denen ich wünschen möchte, daß sie nicht weiter sich verbreiteten. Unser ganzes Staatswesen leidet daran, daß man blind für alle anderen Fragen, gleichsam ein Scheulader hat, und nur immer die Frage der Socialistengesetz sieht. Sie (rechts) haben Furcht. Es ist gefragt worden, der Deutsche habe keine Furcht. Aber gegenwärtig herrscht in den oberen Schichten eine ganz immense Socialistenfurcht. Nach den Ausführungen des hr. v. Stumm haben wir vielleicht eine Verschärfung der Strafgesetze gegen die Linken überhaupt zu erwarten. Sein Hep! Hep! gegen die Socialdemokratie schien ein erster Vorstoß zu sein. (Vizepräsident Graf Ballestrem bezeichnet diesen Ausdruck als parlamentarisch unzulässig.) Herr v. Stumm und seine Freunde scheinen aus der Entwicklung der letzten zehn Jahre nichts gelernt zu haben, sonst würde er nicht ein so gehässiges Urteil gegen diese große Partei geäußert haben. (Vicepräsident Graf Ballestrem: Auch das ist unparlamentarisch.) Ich freue mich, daß dieser Ausdruck wenigstens bei meiner Rede als unparlamentarisch erkannt wird und hoffe, daß hr. v. Stumm daraus Anlaß nimmt, auch künftig nicht mehr von Hof und der gleichen gegenüber der socialdemokratischen Partei zu sprechen. (Beifall und Heiterkeit.) Zum Schlus möchte ich den Herren nur noch sagen, daß es das geeignete Mittel, der Socialdemokratie Abbruch zu thun, ist, wenn man ernstlich die vorhandenen Nebelstände beseitigt. Ein Fall wie der von Pöns erzeugt mehr Socialdemokraten als die Reden der Agitatoren, und wenn wir zu den Soldatenmärschen kommen, dann werden wir sehen, ob die andere Seite des Hauses zu einer That und nicht nur zu einer mätherigen Resolution sich aufraffen wird. Auch die Reichsregierung wird viel thun können, wenn sie sich großen, ausgereisten culturellen Fragen gegenüber nicht ablehnend verhält. (Beifall links.) Geh. Rath Kintel: Ich habe auf die Bemerkungen des Abg. Bebel an die vorgebrachten Ausführungen meines Chefs zu erinnern. Darin heißt es: „Im Gegenteil habe ich im Oktober vorherigen Jahres gerade der Generaldirektion der Reichseisenbahnen gegenüber in dieser Beziehung keinen Zweifel gelassen, daß die Bestimmung in der Arbeiterordnung zu verstehen ist von der agitatorischen Beteiligung an derartigen Befreiungen.“

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Herr Bebel hat meine eigentlichen Behauptungen über seine Partei gar nicht berührt. hr. Bebel erwiedere ich sobann, daß in unserer Partei nicht derjenige hinausliegt, der mal eine abweichende Ansicht äußert. hr. Bebel zog auch die allerhöchste Person in die Debatte. Darin folge ich ihm nicht. Ich sage nur, die von mir vertretenen Grundsätze stehen nicht im Widerspruch zu der gesetzlichen Freiheit der Arbeiter, ich will nur die Arbeiter vor der Thranne der Socialdemokratie schützen. Wenn die Staatsbahn zwei Arbeiter entlassen hat, so bin ich ja noch besser als die Eisenbahnverwaltung, denn ich habe keinen entlassen. (Beifall.)

Abg. Möller (nat.-lib.): Die große sittliche Entrüstung der Socialdemokraten ist hier unangebracht, da ja nur zwei Arbeitserlassungen vorgekommen sind. Von einem Einschreiten allein wegen socialdemokratischer Parteianhörigkeit ist keine Rede. Die Behauptung von hr. Bebel, daß seine Partei die stärkste im Lande ist, stimmt doch wenig zu seinem eigenen Jugestandnis, daß die meisten socialdemokratischen Wähler gar keine eigentlichen Socialdemokraten sind. In der letzten Zeit wird gegen hr. Baare in der Presse eine ganz erbärmliche Hetze getrieben. Was über die Stempelschäfchen gesagt worden ist, ist nicht wahr, wenigstens nicht bewiesen. Die Prüfung derjenigen Papiere, welche innerhalb der Verjährungsperiode lagen, hat keinen Anhaltspunkt für die Verfolgung gegeben, die über diese Periode hinausliegenden Papiere sind aber überhaupt nicht geprüft worden. Sollte sich etwas Ehrenrühriges gegen den Mann ergeben, so werde ich der leile sein, der diese Dinge vertheidigt.

Abg. Hirsch (freiz.): Es gibt keinen älteren Gegner der socialdemokratischen Prinzipien als ich. Meine lebte Rede zum Invaliditätsgefeß richtete sich gegen das Prinzip desselben, während hr. v. Stumm ebenso wie die Socialdemokraten dieses Prinzip vertraten. Die Verwandtschaft mit der Socialdemokratie ist also nicht bei uns zu finden. Die Geschichte wird darüber richten, wer mehr die Interessen der Socialdemokratie gefördert hat, die linke Seite dieses Hauses oder hr. v. Stumm und seine Anhänger. Sein Verhalten gegen die Arbeiter ist der Nährboden für die Socialdemokratie. Die Mischung der Arbeitgeber gegen die Arbeiter gebiert den Hof und Neib, welcher die Socialdemokratie groß zieht. Zur Sache selbst kann ich die Maßregelung auch nur weniger Arbeiter nicht billigen. Auch wenn diese gegen die Eisenbahnverwaltung selbst gewählt haben sollten, würde ich eine solche Revanche nicht für richtig halten. Uebrigens scheint nach den Erklärungen des Staatssekretärs der letztere Fall auch da nicht einmal vorzu liegen, sondern die Entlassung der Arbeiter nur erfolgt zu sein, weil diese mit an der Spitze socialdemokratischen Gruppen stehen. Ist das aber ihr einziges Verbrechen, so kann das sie nicht unfähig machen, in den Staatswerken beschäftigt zu werden. Die industrielle Disciplin hat nichts zu thun mit der politischen Gesinnung, sondern Arbeiter jeder politischen Gesinnung thun voll ihre Pflicht. Durch die Gewerberichter werden die Arbeiter mit staatlichen Funktionen versehen, und diese selben Arbeiter sollen nicht in den Staatswerken gebuldet werden dürfen? Nein, vor solch kleinem Surrogat des Socialistengesetzes warne ich entschieden. Man hat mit dieser gewaltigen Waffe die Socialdemokratie nicht zu Grunde richten können, weil es eine Partei des Ideals ist, und wird es mit solchen vereinzelten Maßregeln noch viel weniger können, da die Socialdemokratie doch immerhin das, allerdings falsch geleitete Bestreben auf Besserung der Lage der arbeitenden Klassen hat. Ich bitte daher die Staatsverwaltung, Gerechtigkeit einzutreten zu lassen, das führt am besten zur Versöhnung und Wiedergewinnung der Massen für die gesellschaftliche und staatliche Ordnung. (Beifall links.)

Abg. Hitz (Centr.): Wendet sich gegen die Behauptung des Abgeordneten Bebel, daß die socialdemokratischen Arbeiter die tüchtigsten seien; nein, die christlichen Arbeiter seien die besten. Die Schutzzollpolitik und alle die von den Socialdemokraten im Interesse der Industrie und Landwirtschaft angeführten Maßregeln waren nicht ein Ausfluss der Klassengesetzgebung, sondern nur ein Mittel zum Schutze der nationalen Arbeit. Ich halte es nicht für berechtigt, wenn der Arbeitgeber dem Arbeiter seine politische Gesinnung aufdrängt oder den Arbeiter hindert, seine politische Gesinnung zu beibehalten. Deswegen bin ich nicht der Ansicht des Freiherrn v. Stumm, daß die socialdemokratischen Arbeiter von den Staatswerken ausgeschlossen werden müssen. So kleinlich darf der Staat nicht sein. Der Begriff der politischen Agitation ist ein sehr dehnbarer, deshalb kann man nicht allgemein bestimmen, daß die socialdemokratische Agitation den Ausschluß des Arbeiters zur Folge haben muß. Ein wegen seiner socialdemokratischen Gesinnung entlassener Arbeiter wird zum Agitator gemacht, während die übrigen Arbeiter nicht davor befürchtet werden, zur Socialdemokratie überzugehen. Es ist also prinzipiell bedenklich und praktisch verfehlt, die socialdemokratischen Arbeiter auszuschließen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Heldorff (cons.): Nachdem das Socialistengesetz gefallen ist, giebt es eine gefährliche Bekämpfung der Socialdemokratie nicht mehr. Ob man aber Mittel zur Bekämpfung jetzt schon zu ergreifen hat, erscheint mir doch fraglich. Man wird erst die Wirkung

unserer socialpolitischen Gesetzgebung abwarten müssen. Die Socialdemokratie soll nicht unterdrückt werden, wohl aber muß es den Arbeitgebern überlassen bleiben, sich gegen die Agitation zu wehren.

Abg. Bebel: Ich erkenne vollständig an, daß kein Arbeitgeber es sich gesaffen zu lassen braucht, daß in seinem Betriebe irgend welche politische Agitation sei es socialdemokratische, katholische oder sonstige, betrieben wird. Ich halte es aber für ungesehlich, einen Arbeiter zu entlassen, weil er an Vereinen und Versammlungen außerhalb des Betriebes Theil genommen hat. Es wäre etwas anderes, wenn in den betreffenden Versammlungen direkt gegen die Eisenbahnverwaltungen gehegt worden wäre. Dies ist aber nicht der Fall gewesen. Wenn hr. v. Stumm uns für keine politische Partei hält, so stellt das seinen geistigen Capazität ein sehr böses Zeugnis aus, die Regierung hält uns aber für eine politische Partei, sie ist also nicht entschuldigt. Die Maximen des Herrn v. Stumm richten sich übrigens gar nicht gegen die socialdemokratischen Arbeiter allein, sondern auch gegen freisinnige Arbeiter. (Widerspruch des Abg. v. Stumm.) Sie haben doch seiner Zeit denjenigen Arbeitern mit Ablösung gedroht, welche das damals fortschrittliche „Neunkirchner Tgl.“ hielten! Bei uns liegt nicht hinaus, was unsere Meinung nicht heißt, sondern wir systematisch unsere Partei verleumden. Ich habe dem Abg. v. Stumm nicht nachgesagt, daß er Unstimmigkeiten rechtzeitige, sondern nur: in dieser Sache ist Unstimmigkeit in Hülle und Fülle, welche der Staatsanwalt sogar mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckt, wie im Fall Baare. Die Anschuldigung, als ob socialdemokratische Arbeiter mit dem Feinde gemeinsame Sache zu machen bereit seien, eine Anschuldigung, die auf Landesverrat hinauskommt, muß ich auf das allerentfernteste zurückweisen. Wir haben in öffentlichen Auseinandersetzungen ausdrücklich betont, daß wir nicht im Interesse der herrschenden Klassen und der Regierung wohl aber im Interesse der nationalen Existenz, also auch unserer eigenen Existenz, gegen den äußeren Feind zu Felde ziehen würden. Es ist nicht bewiesen worden, daß socialdemokratische Arbeiter oder Beamte ihre Pflicht im Eisenbahnbetrieb vernachlässigt haben. Weit gefährlicher für die Sicherheit des Betriebes scheint mir die Schienenspukerei. (Justierung links.) Das Centrum hat durch die Zustimmung zu den Schülzöllen, insbesondere zu Brannwein- und Zuckerprämiens, den reichen Leuten geholfen; es ist nach dem Friedensschluß mit der Regierung gemäßt, auf dieser Bahn fortzuschreiten; wir können das ruhig abwarten, denn wir sind sicher, daß wir davon den Erfolg haben werden. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Barth (freiz.): Die Rede des Abg. v. Stumm bekommt eine besondere Bedeutung durch die Ausführungen des Abg. v. Kardorff; was Letzterer ankündigte, geht ja noch weit hinaus über das Socialistengesetz. Es ist ein Glück, daß das Socialistengesetz endlich aufgehoben wurde, denn sonst hätte die Socialdemokratie noch mehr Zuwachs erhalten. Ein solcher Erfolg, wie er hier discutirt wird, ist so gut wie ein Wechsel auf Tausend weitere socialistische Stimmen. Wenn die Herren von der Rechten glauben, durch Beschränkungen der Presse, des Vereins- und des Verfassungsgesetzes etwas zu verbessern, so vergeßen sie, daß sie dadurch einen Kampf herausbeschwören, der nahezu an den Bürgerkrieg streift.

Abg. v. Kardorff: Was die Wirkung der Aufhebung des Socialistengesetzes anlangt, so wollen wir erst einmal warten bis zu den nächsten Wahlen. Aber ich sehe nicht ein, weshalb hr. Barth sich bei der Socialdemokratie noch mehr einsetzen will; er hat ja bei der Wahl des Fürsten Bismarck genug geleistet, indem er seinen Freunden den Rath gab, für den Socialdemokrat und gegen den Fürsten Bismarck zu stimmen.

Abg. Barth: hr. v. Kardorff hat meinen Worten die Bedeutung beigelegt, daß ich mich bei den Socialdemokraten mehr bekämpft, als hr. v. Kardorff, der durch die Unterstützung der Interessenpolitik die Socialdemokratie sogar entschieden förderte.

Abg. v. Kardorff: hr. Barth meint, ich hätte seinen Worten die und die Bedeutung beigelegt. Ich lege seinen Worten überhaupt keine Bedeutung bei. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Barth: Ich merke, daß drüber den Worten des hr. v. Kardorff die Bedeutung eines Witzes beigelegt wird. Nachdem ich mich davon überzeugt, sehe ich ein, daß wir uns nicht mehr verständigen können.

Damit schließt die Debatte. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird der Titel bewilligt.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Deutschland.

* Berlin, 12. Februar. Im Befinden der Kaiserin ist seit gestern eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Die Kaiserin ist noch immer genötigt, das Zimmer zu hüten.

* [Hofball.] Gestern Abend fand im Weißen Saal des königlichen Schlosses eine größere Ballfeier statt, zu welcher gegen 1500 Einladungen ergangen waren. Unter den eingeladenen Gästen befanden sich außer den in Berlin anwesenden Fürstlichkeiten der Kronprinz von Schweden nebst Gefolge und Ehrendienst, die Hof-Chargen, die General-Adjutanten, Generale à la suite und die Flügeladjutanten, die Boten und deren Gemahlinnen, sowie die Gefandten und Ministerresidenten nebst Gemahlinnen, die General-Feldmarschälle und die Generalität sc., die aktiven Staatsminister, die Chefs fürstlicher und ehemals reichständiger gräflicher Häuser nebst Gemahlinnen, Mitglieder des Reichstages und beider Häuser des Landtages.

* [Ein 25jähriges Jubiläum] feiert, so führen mehrere Blätter aus, heute (12. Febr.) der Reichstag. Das ist nun freilich nicht ganz genau; denn der erste deutsche Reichstag trat zum ersten Male am 21. März 1871 zusammen; dagegen fanden heute vor 25 Jahren die Wahlen zum constituirenden Reichstag des norddeutschen Bundes statt, der am 27. Februar 1867 in Berlin eröffnet wurde. An diesem Tage trat Fürst Bismarck auch den bekannten Auspruch, er kenne kein „elenderes, widerständigeres Wahljahr“, als das preußische Dreiklassensystem, das heute noch besteht. Die Wahlen zum norddeutschen Reichstag erfolgten auf Grund des allgemeinen Stimmrechts.

* [Soldatenmitthandlungen.] Die Abg. Dr. Buhl und Richter haben ihren Antrag betreffend die Soldatenmitthandlungen, der in der Budget-Commission abgelehnt wurde, jetzt als Resolution zum Militäretat im Plenum wieder eingebrochen.

* [Zur Krankenkassennovelle.] Die freie Commission des Reichstages, welche es unternommen hatte, eine Verständigung über die in dritter Lesung an der Krankenkassennovelle vorzunehmenden Änderungen herbeizuführen, hat ihre Arbeiten soweit gefördert, daß demnächst wohl die endgültige Formulierung ihrer Anträge erfolgen dürfte.

* [Landwirtschaft und Steuereinschätzung.] Über die unklaren Vorstellungen vieler Landwirthe in Betreff ihres Einkommens äußerte sich der Vorsthende der Steuereinschätzungscommission für den Landkreis Aachen, Landrat Dr. Freiherr v. Coels, in einer Sitzung des landwirtschaftlichen Cafinos nach der Köln. Itg. folgendermaßen: „Ich habe die Erfahrung gemacht, daß das Rechnungswesen nirgends so sehr im argen liegt als gerade beim Landwirth. Es ist mir im Laufe der letzten Wochen eine große Anzahl von Steuerdeclarationen zugegangen, und ich kann Ihnen sagen, daß die von den Landwirthen eingereichte Steuererklärungen durchgängig die in der Form am unvollkommensten gearbeitet sind. Ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich sage, daß ein erheblicher Theil der Landwirthe selbst gar nicht weiß, was er im Jahre einnimmt und ausgibt, und daß mancher Landwirth, der vielleicht schon zehn oder zwanzig Jahre wirtschaftet, sich in dieser ganzen langen Zeit kein einziges Mal klar gelegt hat, wieviel er im Laufe des Jahres aus seiner Wirtschaft verdient. Ich würde mich nicht gewundert haben, wenn manche Landwirthe in den Steuererklärungen einen etwas niedrigeren Gewinn angeben würden, als ihn die bisherigen Einschätzungen anzeigen, aber das ist nicht der Fall gewesen. Manche declariren in derselben Höhe wie bisher, andere niedriger, andere aber suchen wieder dazutun, daß sie überhaupt keine Einnahme hatten. Ich habe sogar Declarationen, wo die Betreffenden herausrechneten, sie hätten bei ihrer Wirtschaft noch zugestellt, und das sind Leute, die läng

genommen. — In Oldenburg sprach in einer Versammlung des deutschfreisinnigen Wahlvereins Bankdirektor Propping gegen den Entwurf. — In Leipzig hat der deutschfreisinnige Verein für Leipzig und Umgegend seine Uebereinstimmung mit den freisinnigen Bestrebungen in Preußen gegen den Schulgesetzentwurf ausgesprochen. — Nationalliberale Versammlungen gegen den Entwurf haben am Dienstag und Mittwoch stattgefunden in Düsseldorf und Lüdenscheid. — In Göttingen nahm eine Versammlung von Volkschul Lehrern gegen den Entwurf Stellung. — In Goslar hat die Stadtverordneten-Versammlung einen Protest gegen den Entwurf des Volkschulgesetzes beschlossen und eine Commission mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Petition beauftragt. — In Stettin hat die Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag des Magistrats beschlossen, eine Petition an den Landtag zu richten mit dem Ersuchen, dem Entwurf eines neuen Schulgesetzes die Zustimmung zu versagen; die Petition von einer gemischten Commission entwerfen zu lassen und den am 19. d. Mts. in Stettin stattfindenden pommerschen Städteitag durch Abgeordnete der städtischen Behörden zu beschließen. — In Berlin hat der Bezirksverein im Stralauer Stadtviertel den freisinnigen Abgeordneten im Landtag Dank und Anerkennung ausgesprochen für deren Stellungnahme gegen den Volkschulgesetzentwurf. — Auch in Kiel wollen die Professoren an der dortigen Universität nach dem Vorgange von Halle eine Petition gegen den Volkschulgesetzentwurf einreichen. In dem zu diesem Zweck zusammengetretenen Comité sind Angehörige aller politischen Parteirichtungen vertreten, einschließlich der conservativen. — In Münster haben Magistrat und Bürgervorsteher-Collegium an das Abgeordnetenhaus eine Petition gegen den Schulgesetzentwurf gerichtet. — In Merseburg hat der Zweigverein des Evangelischen Bundes eine Versammlung gegen den Schulgesetzentwurf veranstaltet.

Bremen, 12. Februar. Dem „Norddeutschen Klond“ ging heute von dem Kaiser das nachstehende Befehlstelegramm zu:

Mit tiefem Schmerz habe ich die Nachricht vom Ableben Ihres von mir so hochgeschätzten Directors gelesen. Zu dem unerträlichen Verluste dieses mit weitem Blüte begabten Mannes spreche ich Ihnen meine wärmste Beilehrnahme aus. Möge der Klond auch ferner die hohe Stellung behalten und die erhabenen Ziele verfolgen, welchen Lohmann ihn entgegenführte bestrebt war. Sein Beruf trifft nicht nur Bremen, sondern erwacht Anteil im gesamten Vaterlande.

Wilhelm. I. R.“

Karlsruhe, 12. Februar. Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl im Wahlkreis Eberbach-Buchen wurde der clericale Bürgermeister Rieger mit 62 gegen 61 Stimmen neuerdings gewählt. Es ist dies dasselbe Stimmverhältnis, mit welchem Rieger bei der ersten für ungültig erklärt Wahl gewählt worden war.

Österreich-Ungarn.

Pest, 12. Februar. Der Staatschaffenausweis des Jahres 1891 stellt sich um 8516210 Fl. ungünstiger als der des Jahres 1890. Dagegen ist das Ergebnis des vierten Quartals 1891 um 597445 Fl. ungünstiger als die gleiche Periode des Jahres 1891.

(W. L.)

Italien.

Rom, 12. Februar. Die Deputirtenkammer genehmigte die deutsch-italienische Convention zum Schutz des industriellen Eigentums nach kurzer Berathung.

(W. L.)

Serbien.

Belgrad, 12. Februar. Der Präsident der Skupština Katic hat gestern seine Entlassung eingereicht. Er und alle radicalen Dissidenten sind aus dem radicalen Club ausgetreten. Einseits wird versichert, es sei unsicher, ob die Skupština die Demission annehmen, andererseits verlautet, die Regierung beabsichtige, in der nächsten Sitzung des radicalen Clubs ein Tadels-votum gegen Katic zu provociren.

(W. L.)

Von der Marine.

Kiel, 12. Febr. Die Kreuzer-Corvette „Prinz Wilhelm“ erhält den Befehl, dem gestrandeten Dampfer „Eider“ Hilfe zu leisten.

Am 14. Februar. Danzig, 13. Febr. M. A. 6.54, S. A. 7.25, G. U. 5.4. Wasser-ausflüsse für Sonntag, 14. Februar, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Theils heiter, theils Nebel, wolzig; kalt.

* Über die verunglückte Danziger Bark „Ferdinand“ meldet uns ein Privatelegramm: Das bei Hoernum (Sylt) angetriebene Wrack der Danziger Bark „Ferdinand“ liegt in der Brandung mit dem Riel nach oben. Vom Hintertheil des Schiffes sind etwa 20 Fuß weggeschlagen; der Bug ist offen. 500 Quadratbalken sind geborgen. Die Katastrophe, welcher dieses Schiff und jetzt zweitweise wohl auch die ganze Besatzung zum Opfer gefallen, ist somit leider voll bestätigt.

* Von der Weichsel. Die Eisgang-Situation ist auch heute noch ziemlich unverändert. Das Wasser ist wiederum, mit Ausnahme von Plehnendorf, wo in Folge von Stauwind eine Steigung eintrat, gefallen. Die Meldungen über den Wasserstand von heute Vormittag lauten: Ruhm 1.98, Braudenz 4.86, Aurzbrück 3.12, Piekau 3.82, Dirichau 4.16 und Plehnendorf 4.48 Meter. Bei Braudenz ist der Wasserstand seit gestern um ca. 80 Centim. gefallen, da, wie wir schon mitgetheilt haben, das Wasser die Eisbildung durchdrückt. In der Zeit von heute Morgen um 6 Uhr bis 10 Uhr ist das Wasser dort um 14 Centim. gefallen. — Ein um die Mittagsstunde aus Thorn uns gesandtes Privattelegramm berichtet noch, daß der Eisgang dort ganz gering und der Wasserstand auf 1.64 Meter gefallen ist.

* Die „Chemische Fabrik Pechow, Davidjohn“ schließt das Jahr 1891 mit einem Reinigewinn von 119179 Mk. (gegen 107022 Mk. im Vorjahr). Die persönlich haftenden Gesellschafter und der Aufsichtsrath beantragen bei der für den 24. cr. einberufenen ordentlichen Generalversammlung hiervom 31915 Mk. zu Abschreibungen nach den Procentsätzen der letzten Jahre zu verwenden. Nach statutenmäßiger Dotirung der Reservefonds, welche nunmehr auf rund 90000 Mk. (10 proc. des Aktienkapitals) angewachsen sind, und nach Abzug der vertragmäßigen Renten soll dann sowohl auf die Prioritäts- wie auf die Stammactien eine Dividende von 7 Proc. gewährt werden.

* Personalien bei der Bauverwaltung. Der Kreisbauinspektor Spittel ist (wie schon kurz gemeldet) von Wreschen nach Neustadt und der Kreisbauinspektor Siefer, bisher in Neustadt, in die Kreisbauinspektor-Stelle für den Baukreis Schlesien (Regierungsbezirk

Kassel) versetzt worden, deren Amtsitz gleichzeitig von Steinau nach Schlesien verlegt ist. Der Regierungs- und Baurath Buchholz, bisher in Königsberg, ist als ständiger Hilfsarbeiter an das Eisenbahn-Betriebsamt in Nordhausen versetzt worden.

* [Titelverleihung.] Dem Ersten Bürgermeister der Stadt Bromberg h. Br. Bräuse früher als Regierungs- rat bei dem Eisenbahn-Betriebsamt in Danzig und später bei der Eisenbahn-Direction in Bromberg beschäftigt ist der Titel Oberbürgermeister verliehen worden.

* [Notariats.] Der Rechtsanwalt Stresau in Liegnitz ist zum Notar dasselbst ernannt worden.

* [Wagnerfeier im Schützenhause.] Heute vor

9 Jahren wurde Richard Wagner aus seinem schöpferischen Wirken abberufen. An seinem Todestage pflegt man hier alljährlich seinen Manen musikalische Dankopfer darzubringen. So hatte die Theil'sche Kapelle ihren gefestigten Sinfonie-Abend im Schützenhause zu einer ernsten Erinnerungsfeier in Lönen benutzt. Die erste und letzte Concert-Abteilung wurde lediglich nach Wagner'sche Compositionen ausgefüllt. Der Trauermarsch bei Siegfrieds Tod aus der „Götterdämmerung“ leitete mit den erschütternden Klängen seiner Lobenklage den Abend ein, worauf die sehr brav executirte Tannhäuser-Ouvertüre, das hochpoetische, aber für die Kapelle recht schwierige Waldweisen (gleichfalls aus den „Nibelungen“) und das durch seinen polyphonen Reichthum sich auszeichnende Vorspiel zu den „Meistersingern“ folgten. Im Schlufthilf wurden dann noch das Spinnerrondo aus dem „Holländer“, das Hamm'sche Lohengrind-Potpourri und der dem wiedererstandenen Deutschland 1871 gewidmete Kaisermarsch gespielt, der wie ein feierlicher Hymnus voll siegender Kraft und zündendem Feuer dahinschreitet. Für den symphonischen Theil war auch diesmal eine Anleihe bei Beethoven gemacht worden: dessen fünfte Sinfonie, unter den Kriegswirren von 1807/8 fast gleichzeitig mit der kostlichen Pastoralsinfonie entstanden, wurde dem großen Verehrer des klassischen Meisters als Huldigung an sein Leben voll Kampf und Ringen mit Geschick und Widersachern dargebracht. Wie an die Wagner'schen Orchesterwerke, so setzte die Kapelle auch an diese, hier verhältnismäßig selten gehörte Sinfonie ihr volles und bestes Können und brachte sie zu einer durchaus schwungvollen, im Einzelnen, vor Allem aber in dem melodischen Andante sehr sorgfältig und klängschön ausgestalteten Aufführung. Herr Theil und seine wackere Kapelle ernteten für den genussreichen Abend wieder lebhaften Dank des zahlreich anwesenden Publikums. — In nächster Woche wird übrigens auch im Stadttheater noch eine nachträgliche Wagnerfeier folgen, da in dieser das Gasstück des Fr. Schack derselben entgegenstand. Als Hauptbestandtheil ist dort eine „Lohengrin“-Aufführung gewählt worden.

* [Stadttheater.] Die Direction erucht uns um die Mitteilung, daß Morgen (Sonntag), um die Länge der Vorstellungen nicht zu spät auszudehnen, die Nachmittags-Vorstellung bereits um 3½ Uhr und die Abendvorstellung um 7 Uhr beginnen wird.

* [Wohltätigkeits-Vorstellung.] Am 23. d. Mts. soll Abends im Schützenhausaal eine Wohltätigkeits-Vorstellung zu Gunsten von Danziger Armen stattfinden, deren Programm heute im Annentheil veröffentlicht wird. Gehr geschätzte Dilettanten haben ihre Mitwirkung zugesagt. Herr Georg Schumann hat in freundlichster Weise die Leitung und Einübung des musikalischen Theiles übernommen. Die Wahl der zur Aufführung kommenden Stücke verspricht eine genügsame Abendunterhaltung.

* [Strafhammer.] Als ein gefährlicher Schwindler hat sich im vergangenen Jahre der Handlungstreisende Albert Wilhelm Gustav Krüger aus Küstrin gezeigt, der heute wegen Unterschlagung, Betrugses und Urkundensfälschung in 9 Fällen vor der Strafkammer stand. Krüger wendete sich an verschiedene Firmen in Magdeburg, Bitterfeld, Breslau, Berlin und Danzig und erbot sich Maschinen und andere Fabrikate gegen Provision zu verreichen. Um besseren Glauben zu finden, gab er sich fälschlich für einen Ingenieurleutnant der Reserve aus. Gewöhnlich verlangte Krüger bei seiner Offerte einen Provisionsvorbehalt, für dessen Rückzahlung er sich mit seinem „Ehrenwort als Offizier“ verbürgte. Glücklich es ihm nicht, auf diese Vorstiegung hin Geld zu erhalten, dann schickte er gefälschte Bestellcheine ein. Wenn auch die Mehrzahl der von ihm in Anspruch genommenen Firmen ihm keinen Vorschuss gewährte, so sind doch andere um nicht unbedrängliche Beträge geschädigt worden, denn Krüger hat nach dem Empfang des Geldes weder Geschäfte vermittel, noch den Vorschuß zurückgezahlt. Endlich erhielt ihn im September v. J. sein Schicksal im Hotel Alsterhof in Neustadt, wo er eine bedeutende Zeche gemacht hatte, ohne sie zu bezahlen, und schließlich verhaftet wurde. Der Angeklagte legte heute ein umfassendes Geständniß ab und wurde zu anderthalb Jahren Gefängniß und 900 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

* [Polizeibericht vom 13. Februar 1892.] Verhaftet: 21 Personen, darunter 1 Commis, 1 Junge wegen Diebstahls, 11 Obdachlose, 5 Bettler, 1 Betrunken. — Gestohlen: 2 Paar Filzhüte, 1 Paar Socken, 1 braune Mütze, 7 Hamburger Schaumlinien von Gold, und zwar: In Schillers Geburtstag 11. Nov. 1859. Denkmal des Johann Bugenhagen (geb. 1485) im Johanneum 1885, Hamburger Feuerkasse zweite Gütekürsche 1877 Johanneum. Jubiläumsfeier des 350jährigen Bestehens 1879, Hamburger Börse 1558—1841. Einweihung der Nicolai-Kirche 1863, Einweihung der Gertrudenkirche 1885. — Gefunden: 1 Handkorb, 2 Paar Handschuhe, 1 Notizbuch, im Geschäft des Herrn Rudolph liegen geblieben eine gehäckelte wollene Stola, 1 Schlüssel, 1 Armband, 1 Wörterbuch, 1 Patentbrenner, 1 Armband, 1 Manschette, 1 Contobuch, 1 Hökelerlapp, 1 Taschentuch, abzuholen von der königl. Polizei-Direction; unter einem Beifallzeuge des Hauses Frauengasse Nr. 30 zwei große Blechbüchsen mit Schmieden, abzuholen gegen Fundgeld von der königl. Polizei-Direction.

Marienburg, 12. Februar. Der Aufsichtsrath der hiesigen Privatbank D. Martens hat beschlossen, den Actionären die Vertheilung einer Dividende von 6 % pro 1891 vorzuschlagen.

Graudenz, 12. Februar. Eine Familientragödie

hat sich in dem benachbarten Dorfe Pastwisko ereignet.

Die noch in jugendlichem Alter stehende hebamme Hein,

welche am 25. d. Mts. mit ihrem Manne nach Amerika auswandern wollte, hat ihr etwa einjähriges Kind

gestern durch Eingehen von Karbol vergiftet. Heute Morgen um 4 Uhr hat sie ver sucht, sich selbst durch Karbol das Leben zu nehmen. Ihr Zustand ist hoffnunglos.

Über die verunglückte Danziger Bark

„Ferdinand“ meldet uns ein Privatelegramm:

Das bei Hoernum (Sylt) angetriebene Wrack

der Danziger Bark „Ferdinand“ liegt in der

Brandung mit dem Riel nach oben. Vom Hintertheil des Schiffes sind etwa 20 Fuß weggeschlagen;

der Bug ist offen. 500 Quadratbalken sind geborgen.

Die Katastrophe, welcher dieses Schiff und jetzt zweitweise wohl auch die ganze Besatzung zum Opfer gefallen, ist somit leider voll bestätigt.

* [Von der Weichsel.] Die Eisgang-Situation

ist auch heute noch ziemlich unverändert.

Das Wasser ist wiederum, mit Ausnahme von Plehnendorf,

wo in Folge von Stauwind eine Steigung

eintrat, gefallen. Die Meldungen über den Wasserstand von heute Vormittag lauten: Ruhm 1.98,

Braudenz 4.86, Aurzbrück 3.12, Piekau 3.82,

Dirichau 4.16 und Plehnendorf 4.48 Meter.

Bei Braudenz ist der Wasserstand seit gestern um ca.

80 Centim. gefallen, da, wie wir schon mitgetheilt haben, das Wasser die Eisbildung durchdrückt.

In der Zeit von heute Morgen um 6 Uhr bis 10 Uhr ist das Wasser dort um 14 Centim. gefallen.

— Ein um die Mittagsstunde aus

Thorn uns gesandtes Privattelegramm berichtet noch, daß der Eisgang dort ganz gering und der

Wasserstand auf 1.64 Meter gefallen ist.

* Die „Chemische Fabrik Pechow, David-

john“ schließt das Jahr 1891 mit einem Reinigewinn von 119179 Mk. (gegen 107022 Mk. im Vorjahr).

Die persönlich haftenden Gesellschafter und der Aufsichtsrath beantragen bei der für den 24. cr. einberufenen ordentlichen Generalversammlung hiervom 31915 Mk. zu Abschreibungen

nach den Procentsätzen der letzten Jahre zu verwenden.

Nach statutenmäßiger Dotirung der Reservefonds,

welche nunmehr auf rund 90000 Mk. (10 proc. des Aktienkapitals) ange-

wachsen sind, und nach Abzug der vertrag-

mäßigen Renten soll dann sowohl auf die

Prioritäts- wie auf die Stammactien eine Divi-

dende von 7 Proc. gewährt werden.

* Personalien bei der Bauverwaltung. Der Kreisbau-

inspektor Spittel ist (wie schon kurz gemeldet)

von Wreschen nach Neustadt und der Kreisbau-

inspektor Siefer, bisher in Neustadt, in die Kreisbau-

inspektor-Stelle für den Baukreis Schlesien (Regierungs-

bezirk)

versetzt worden, deren Amtsitz gleichzeitig von

Steinau nach Schlesien verlegt ist. Der Regierungs-

und Baurath Buchholz, bisher in Königsberg, ist als

ständiger Hilfsarbeiter an das Eisenbahn-Betriebsamt

in Nordhausen versetzt worden.

* [Titelverleihung.] Dem Ersten Bürgermeister

der Stadt Bromberg h. Br. Bräuse früher als Regierungs-

rat bei dem Eisenbahn-Betriebsamt in Danzig und

später bei der Eisenbahn-Direction in Bromberg be-

schäftigt ist der Titel Oberbürgermeister verliehen

worden.

* [Notariats.] Der Rechtsanwalt Stresau in

Liegnitz ist zum Notar dasselbst ernannt worden.

* [Wagnerfeier im Schützenhause.] Heute vor

9 Jahren wurde Richard Wagner aus seinem schöpferi-

schen Wirken abberufen. An seinem Todestage pflegt

man hier alljährlich seinen Manen musikalische Dank-

opfer darzubring

Griechische Weine,

Durch Gottes gnädige Hilfe wurde meine liebe Frau Selma geb. Teichgräber gestern Nachmittag von einem gelunden Mädchen schwer aber glücklich entbunden. Galt besondere Melung diese Angelegenheit lieben Freunden und Bekannten.

Danzig, den 13. Februar 1892. (8184) T. Zantler.

Heute früh stark plötzlich mein geliebter Mann, unser guter Vater, Bruder und Onkel Otto Theophil Koterski

im 40. Lebensjahr.

Dieses zeigt allen Freunden und Bekannten an mit der Bitte um stille Theilnahme.

Die trauernde Witwe 8232 Rosalie Koterski geb. Wenne.

Ziegs Strich, 13. Februar 1892.

Die Beerdigung unseres Sohnes Georg Wenk, findet Sonntag, den 14. d. Mts., Mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des alten Heil. Leichnam Kirchhofes nach dem St. Marienkirchhofe statt.

Naturforschende Gesellschaft.

Mittwoch den 17. d. Mts.,

Abends 8 Uhr:

Sitzung

der Anthropologischen Section.

Tagesordnung:

1. Vorlage neuer Funde aus der Steinzeit.
2. Über Bronceanalysen.
3. Über Gesichtsturnen aus Dalmatien.
4. Goldfunde bei den Chibchas in Mittel-Amerika mit Vorstellung von Originalen.

Dr. Deßschäger.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Stadt Culm Band XIV, Blatt 272, auf den Namen des Stellmachers Stanislaus Biatkowsky eingetragene, in der Stadt Culm belegene Grundstück

am 4. April 1892,

Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 4, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1320 M. Nutzwertwerte zur Gebäudesteuer veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abshügungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer Nr. 4, eingesehen werden.

Alle Realsberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteiger übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorragen, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Gebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aussiedlung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigens dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verhältnis des Kaufpreises gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigens nach erfolgtem Auktionstag das Kaufgut in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Erteilung des Auktionats wird

am 5. April 1892,

Vormittags 10 Uhr,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 4,

verkündet werden. (8210)

Culm, den 11. Februar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Röhringsberg — Danzig.

In Ansließ an meine Annonce vom 15. Januar mache ich hiermit ergeben bekannt, daß die Dampfer

„Schwan“, Capt. F. Michner,

„Irene“, Capt. O. Balzer, seit dem Beginn der Schiffahrt die Güterbeförderung zwischen Röhringsberg und Danzig unterhalten werden.

Wegen Frachtabnahmestellen bitte ich

bei Herrn Johannes J. Fluhdampfer-Gesellschaft, Danzig, Schäferstr. 12/13, anzufragen.

Hochachtungsvoll

August Ehlert,

Röhringsberg i. Br.

Londoner Phönix,

Fener-Assecuranz-Societät,

gesündet 1782.

Anträge zur Versicherung von Gebäuden, Mobilien, Waaren,

Maschinen, Fabriken, Ernte und Vieh gegen Feuer, Blitze- und

Explosionschäden auf festen billigen

Prämien werden entgegen-

nommen und erhält bereitwilligst

Auskunft

E. Rodenacker,

6169 Hundegasse 12.

Loose zur Röhringsberger Dombau-

Lotterie a 3,50 M.

Loose zur Marienburger Schloß-

bau-Lotterie a 3 M.

Loose zur Freiburger Münster-

bau-Lotterie a 3 M.

vorräthig bei

Th. Berling.

Loose:

für Gründung einer Unfall-Unter-Kasse f. d. Feuerwehren d. Prov. Westpr. a 1 M.

für Königsberger Pferde-Lotterie a 1 M.

für Marienburger Schloßbau-

Lotterie a 3 M.

für Freiburger Dombau - Lotterie a 3 M.

zu haben in der Exped. der Danziger Zeitung.

Loose zur Röhringsberger Dombau-

Lotterie am 18. Februar.

Loose zu haben bei Hermann Lau, Langgasse 71.

Otto Theophil Koterski

im 40. Lebensjahr.

Dieses zeigt allen Freunden und

Bekannten an mit der Bitte um

stille Theilnahme.

Die trauernde Witwe

8232 Rosalie Koterski

geb. Wenne.

Ziegs Strich, 13. Februar 1892.

Die Beerdigung unseres Sohnes

Georg Wenk, findet Sonntag,

den 14. d. Mts., Mittags 12 Uhr,

von der Leichenhalle des alten

Heil. Leichnam Kirchhofes nach

dem St. Marienkirchhofe statt.

Naturforschende

Gesellschaft.

Mittwoch den 17. d. Mts.,

Abends 8 Uhr:

Sitzung

der Anthropologischen Section.

Tagesordnung:

1. Vorlage neuer Funde aus der Steinzeit.
2. Über Bronceanalysen.
3. Über Gesichtsturnen aus Dalmatien.
4. Goldfunde bei den Chibchas in Mittel-Amerika mit Vorstellung von Originalen.

Dr. Deßschäger.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Stadt Culm Band XIV, Blatt 272, auf den Namen des Stellmachers Stanislaus Biatkowsky eingetragene, in der Stadt Culm belegene Grundstück

am 4. April 1892,

Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 4, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1320 M. Nutzwertwerte zur Gebäudesteuer veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abshügungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Zimmer Nr. 4, eingesehen werden.

Alle Realsberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteiger übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorragen, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Gebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aussiedlung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigens dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verhältnis des Kaufpreises gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigens nach erfolgtem Auktionstag das Kaufgut in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Erteilung des Auktionats wird

am 5. April 1892,

Vormittags 10 Uhr,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 4,

verkündet werden.

(8210)

Culm, den 11. Februar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Röhringsberg — Danzig.

In Ansließ an meine Annonce vom 15. Januar mache ich hiermit ergeben bekannt, daß die Dampfer

„Schwan“, Capt. F. Michner,

„Irene“, Capt. O. Balzer, seit dem Beginn der Schiffahrt die Güterbeförderung zwischen Röhringsberg und Danzig unterhalten werden.

Wegen Frachtabnahmestellen bitte ich

bei Herrn Johannes J. Fluhdampfer-Gesellschaft, Danzig, Schäferstr. 12/13, anzufragen.

Hochachtungsvoll

August Ehlert,

Röhringsberg i. Br.

Londoner Phönix,

Fener-Assecuranz-Societät,

gesündet 1782.

Anträge zur Versicherung von Gebäuden, Mobilien, Waaren,

Maschinen, Fabriken, Ernte und

Vieh gegen Feuer, Blitze- und

Explosionschäden auf festen billigen

Prämien werden entgegen-

nommen und erhält bereitwilligst

Auskunft

E. Rodenacker,

6169 Hundegasse 12.

Loose zur Röhringsberger Dombau-

Lotterie a 3,50 M.

Loose zur Marienburger Schloß-

bau-Lotterie a 3 M.

Loose zur Freiburger Münster-

bau-Lotterie a 3 M.

vorräthig bei

Th. Berling.

Loose:

für Gründung einer Unfall-

Unter-Kasse f. d. Feuer-

wehren d. Prov. Westpr. a 1 M.

für Königsberger Pferde-Lotterie a 1 M.

für Marienburger Schloßbau-

Lotterie a 3 M.

zu haben in der Exped. der Danziger Zeitung.

Loose zur Röhringsberger Dombau-

Lotterie am 18. Februar.

Loose zu haben bei Hermann Lau, Langgasse 71.

Otto Theophil Koterski

im 40. Lebensjahr.

Dieses zeigt allen Freunden und

Bek

Beilage zu Nr. 19361 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 13. Februar 1892.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 12. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holstein, loco ruhig, neuer 210—215. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 215—225, russ. loco ruhig, neuer 190—195 nom. — Hafer ruhig. Gerste ruhig. — Rüböl (unverzölzt) ruhig, loco 57,00. — Spiritus still, per Februar-März 35½ Br., per März-April 35½ Br., per April-Mai 35½ Br., per Mai-Juni 36 Br. — Kaffee seit, Umsatz 3000 Sach. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,30 Br., per März 6,15 Br. — Wetter: Aufklärend.

Hamburg, 12. Februar. Kaffee. Good average Santos per März 69½, per Mai 68½, per September 66, per November 63½, Matt.

Hamburg, 12. Februar. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenroh Zucker 1. Product Basis 88% Rendement neue Wiance, f. a. B. Hamburg per Februar 14,55, per März 14,72½, per Mai 15,07½, per August 15,40, fest.

Bremen, 12. Februar. Kaff. Petroleum. (Schlußbericht.) Jäh zollfrei. Still. Loco 6,55 Br.

Havre, 12. Februar. Kaffee. Good average Santos per März 91,50, per Mai 88,25, per September 84,25. — Ruhig.

Frankfurt a. M., 12. Febr. Effecten-Societät. (Schluß.) Österreichische Credit-Aktion 282%, Franzosen 252½, Lombarden 79, ungar. Goldrente 92,80, Gotthardbahn 136,20, Disconto-Commandit 178,60, Dresdener Bank 132,00, Bochumer Gußstahl 110,20, Dormunder Union Gt.-Pr. — Gelsenkirchen 131,80, Harpener 137,80, Hibernia — Laurahütte 104,40. Ruhig. Creditactien sehr fest, 3% Portugieser — böhmische Westbahn 239.

Wien, 12. Februar. (Schluß-Course.) Österreich. Papierrente 94,60, do. 5% do. 103,00, do. Gilberrente 94,15, 4% Goldrente 111,70, do. ungar. Goldrente 107,75, 5% Papierrente 102,60, 1880er Loose 140,25, Anglo-Aust. 151,75, Länderbank 205,75, Creditact. 303,50, Unionbank 236,00, ungar. Creditactien 337,00, Wiener Bankverein 113,25, Böh. Westbahn —, Böh. Nordb. —, Busch, Eisenbahn 459,50, Dur-Bodenbacher —, Elbenthalbahn 229,50, Ferd. Nordbahn 2870,00 Franzosen 287,75, Galizien 211,00, Lemberg-Czern. 246,75, Lombard. 89,75, Nordwestb. 210,50, Pardubitzer 183,50, Alp.-Mont.-Act. 63,90, Tabakactien 163,50, Amsterd. Wechsel 97,90, Deutsche Pläne 57,95, Londoner Wechsel 118,30, Pariser Wechsel 47,00, Napoleon 9,39½, Marknoten 57,95, Russische Banknoten 1,15½, Gilbercoupons 100, bulgar. Ant. 102,00.

Amsterdam, 12. Februar. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per März 235, per Mai 240. — Roggen loco unverändert, do. auf Termine träge, per März 213, per Mai 217. — Rüböl loco 28½, per Mai 23½, per Herbst 27½.

Antwerpen, 12. Februar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffiniertes Type weiß loco 16 bez. und Br., per Februar 15½ Br., per März 15½ Br., per Sept.-Dezbr. 15½ Br. Stetig.

Antwerpen, 12. Februar. Getreidemarkt. Weizen besser, Roggen ruhig, Hafer ruhig, Gerste unveränd.

Paris, 12. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Februar 25,60, per März 25,80, per März-Juni 26,20, per Mai-August 26,60. — Roggen ruhig, per Februar 18,60, per Mai-August 18,70. — Mehl fest, per Februar 54,90, per März 55,60, per März-Juni 56,70, per Mai-August 57,30. — Rüböl behpt., per Febr. 54,75, per März 55,25, per März-Juni 56,90, per Mai-August 57,00. — Spiritus ruhig, per Febr. 47,00, per März 47,00, per März-April 46,75, per Mai-August 48,00. — Wetter: Schön.

Paris, 12. Febr. (Schlußcourse.) 3% amortisirb. Rente 96,60, 3% Rente 95,82½, 4½% Ant. 105,10, 5% italien. Rente 90,02½, österr. Goldr. 95,50, 4% ung. Goldrente 92,00, 3% Orientanleihe 64,37, 4% Russen 1880 — 4% Russen 1889 92,65, 4% unific. Aegypter 478,43, 4%

span. äuf. Anleihe 63, convert. Türken 18,60, türk. Loose 72,60, 5% privilegierte türk. Obligationen 419,20, Franzosen 625,00, Lombarden 215,00, Lomb. Prioritäten 311,00, Credit soncier 1210, Rio Tinto-Action 427,50, Guekanal-Action 2717, Banque de France 4445, Wechsel auf deutsche Pläne 122½, Londoner Wechsel 25,17, Cheques a. London 25,18½, Wechsel Amsterdam kur; 206,00, do. Wien kuri; 210,50, do. Madrid kur; 437,50, Neue 3% Rente 94,82½, 3% Portugieser 27½, neue 3% Russen 75,56, Banque ottomane 538,00, Banque de Paris 630,00, Banque d'Escompte 210, Credit mobilier 147, Merid.-Action 622, Panamakanal-Action 18, do. 5% Obligat. 20,00, Gaz. Parisien 1445, Credit Lyonnais 795,00, Gaz pour le Fr. et l'Etrang. 540, Transatlantique 550, Ville de Paris de 1871 409, Tab. Ottom. 355, 23½% engl. Cons. 96, C. d'Escompt 490, Robinion-Action 77,50.

London, 12. Febr. (Schlußcourse.) Engl. 23½% Consols 96, Br. 4% Consols 105, italienische 5% Rente 89½, Lombarden 8½, 4% cons. Russen von 1889 (2. Serie) 92½, convert. Türken 18½, österr. Silverrente 79, österr. Goldrente 96, 4% ungarische Goldrente 91½, 4% Spanier 63½, 3½% privil. Aegypter 88½, 4% unific. Aegypter 95½, 3% garantirte Aegypter 4½% ägypt. Tributanteleihe 93½, 6% cons. Mexikaner 80½, Ottomanbank 11½, Suezactien — Canada-Pacific 91½, De Beers-Action neue 14, Rio Tinto 17, 4% Rupees 69, Argentinische 5% Goldeleihe von 1886 59, do. 4½% äußere Goldanleihe 29, Neue 3% Reichsanleihe 84, Gilber 41½, 5% Griechen 58½, Platadiscont 2½.

London, 12. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Gemüttliche Getreidearten sehr ruhig. Weizen nominell und unverändert, Käufer zurückhaltend. Uebrige Artikel stetig.

London, 10. Februar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. Wetter: Trübe.

Glasgow, 12. Februar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh.

Glasgow, 12. Febr. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 504 038 Tons gegen 558 308 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 77 gegen 6 im vorigen Jahre.

Liverpool, 12. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert, Mehl ruhig, Mais 1½ d. höher. — Wetter: Schön.

Petersburg, 12. Februar. Wechsel auf London 101,90, do. Berlin 49,95, do. Amsterdam 84,15, do. Paris 40,42½, 1½-Imperials 813, russ. Präm.-Anteile von 1864 gest. 236, do. 1866 225½, russ. 2. Orientanl. 102½, do. 3. Orientanleihe 103½, do. 4% innere Anteile — do. 4½% Bodencredit-Pfandbriefe 152½, Große russ. Eisenbahnen 254½, russ. Südwestb.-Act. 115½, Petersburger Discontobank 549, Petersburger intern. Handelsbank 464, Petersburger Privat-Handelsbank 294, russ. Bank für auswärt. Handel 263, Warschauer Discontobank —, Russ. 4% 1888er Cons. 149½, Privatdiscont 5½.

Petersburg, 12. Februar. Productenmarkt. Mais loco 54,00, per August —. — Weizen loco 14,50.

Roggen loco 12,25, Hafer loco 5,50, Hanf loco 45,00.

Leinwand loco 15,50. — Frot.

New York, 11. Februar. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,85%, Cable-Transfers 4,88%, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5,18%, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95½, 4% fundierte Anteile 116½, Canadian-Pacific-Actionen 89½, Central-Pacific-Actionen 31½, Chicago u. North-Western-Actionen 116½, Chic. Mil. u. St. Paul Actionen 77½, Illinois-Central-Actionen 105½, Lake-Superior-Michigan-South-Actionen 122½, Louisville u. Nashville Actionen 75½, New. Lake-Erie u. Western-Actionen 33½, New. Central u. Hudson-River-Act. 114½, Northern-Pacific-Preferred-Act. 69½, Norfolk u. Western-Preferred-Actionen 51½, Atchinson Topeka und Santa Fe Actionen 39, Union-Pacific-Actionen 45½, Denver u. Rio-

Grand-Preferred-Actionen 48½, Gilber-Bullion 90½, Baumwolle in Newyork 7½, do. in New-Orleans 6½, Raffin. Petroleum Standard white in Newyork 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd., rohes Petroleum in Newyork 5,80, do. Pipeline Certificates per März 59½, Ziempl. fest. — Schmalzlocos 6,85, do. Rohe u. Brothers 7,10. — Zucker (Fair refining Muscovados) 3. — Kaffee (Fair Rio) 14½, Rio Nr. 7, low ord. per März 13,37, per Mai 12,92.

Newyork, 12. Februar Wechsel auf London 4,85%. — Roher Weizen loco 1,05, per Februar 1,03%, per März 1,03%, per Mai 1,03%. — Mehl loco 4,00. — Mais 50. — Fracht 2½. — Zucker 3.

bis 121½ 190—199 M. blauspitzig 118½ 180 M. glasis 125/6½ 212 M. hellblunt schmal 115 6½ 175 M. weiss 120—131/2 200—215 M. Sommer 120—129/30 200—212 M. russisch zum Transit roth milde 118—127/8 158—171 M. Regulirungspreis zum freien Verkehr 210, 213, 212 M. zum Transit 177 M. Auf Lieferung per Febr.-März zum freien Verkehr 212 M. Gd., zuletzt 215 M. Br., zum Transit 177 M. Br., 176, 177 M. Gd., zuletzt 176 M. Gd., per April-Mai zum freien Verkehr 218 M. Br., 177 M. Gd., schlieht 216 M. Br., 215 M. Gd., zum Transit 178, 179 bis 176 M. bez. zuletzt 177 M. bez. per Juni-Juli zum Transit 182 M. Br., 181 M. Gd., schlieht 181 M. Br., 180 M. Gd.

Roggen. Die Nachfrage blieb beindrückt und erstreckte sich fast nur auf die besseren Sorten; geringe fanden keine Beachtung. Inländischer Roggen ist 2 M. und transit 1 M. höher. per Frühjahr wurde zuletzt für inländische Gattungen 2½ M. mehr gefordert und für transit 1½ M. mehr geboten, während letztere im Laufe der Woche bis 4 M. mehr bedungen haben. Bezahlt wurde: Inländisch 113—118/9 207—213 M. Regulirungspreis inländisch 211, 215, 213 M. unterpoln. 176, 180, 178 M. transit 175, 179, 176 M. Auf Lieferung per April-Mai inländ. 210 M. Gd., 215 M. Br., zuletzt 210½ M. Br., transit 175—177 M. bez. schlieht 175 M. Br., 174½ M. Gd. — Gerste hatte einen schleppenden Verkehr und nur die besseren Gattungen haben einigermaßen ihren Wert behauptet. Ein paar Waggons rumänischer Gerste sind nach Ankunft nicht verkauft, sondern zu Boden genommen. Bezahlt wurde: Inländisch kleine 104/5—108½ 156 M. große 198/9—111½ 152—166 M. helle 108½ 169 M. Chevalier 111—113½ 173—176 M. — Hafer inländisch 140—146 M. — Erbsen polnische zum Transit kleine Victoria 176 M. — Pferdebohnen polnische zum Transit 126—128 M. — Bohnen polnische zum Transit, weiße 135 M. — Nüsse russ. zum Transit, mit Hedrich vermischt, 112 M. — Senf russisch zum Transit braun besetzt 110—115 M. — Hedrich russ. zum Transit 105—109 M. — Lupinen blaue inländische 63—68 M. poln. zum Transit 50 M. — Mais rumänischer zum Transit 116½—120 M. — Kleefasaten weiße 20—70 M. rothe 35—49 M. schwedisch 50 M. per 50 Kilo. — Thiamothee 12—18 M. per 50 Kilo. — Weizenkleie zum See-Export grobe 5,10 M. feine 5 M. per 50 Kilo. — Spiritus. Die Preise waren während der Woche hier und in Berlin vielfach schwankend, sind aber zum Schluss etwas verbessert und seit voriger Woche beinahe 1 M. höher. Das hiesige Angebot ist für die Nachfrage reichlich genügend, da aber auch Königsberg höhere Notirungen meldet, hat man hier ebenfalls bessere Preise bewilligt. Im allgemeinen ist die Lage von Spiritus die denkbar ungünstigste, wenn es nicht gelingt, mit Spanien bis zum 1. Juli vortheilhaftere Handelsvertragsvereinbarungen zu erzielen. Bekanntlich gelangen dort seit 1. Februar die für Spiritus so enorm erhöhten Zollsätze zur Erhebung und bleiben bis zum vorgenannten Termin als provisorische in Kraft. Zu notiren ist: Contingentirter loco 63 M. Gd., 63½ M. bez., 64 M. Br., nicht contingentirter loco 43½ M. Gd. bis 44½ M. Br., contingentirter per Febr. 62½—63½ M. Gd., per März-Mai 63—64 M. Gd., nicht contingentirter per Febr. 43½—44½ M. Gd., per März-Mai 43½—44½ M. Gd.

Productenmärkte.

Königsberg, 12. Februar. (v. Portatius u. Grothe.) Weizen per 1000 Kilogr. hochbunter 121/2 199, 126½ 207 M. bez. bunter 124/5 205, 117/8 190 M. bez. rother 127/8 199, 129 30½ 198 M. bez. Roggen per 1000 Kilogr. inländisch 116/7 194, 119½ 197, 119½ und 120½ 196 M. per 120½. — Hafer per 1000 Kilogr. inländ. 134, 135, 137, 140, 142 M.

bei. — Mais per 1000 Kilogr. transit 118 M bei. — Bohnen per 1000 Kilogr. russ. Biberde 130, nach 128, 129 M bei. — Weizen per 1000 Kilogr. 115 M bei. — Leinsaat per 1000 Kilogramm hochfeine russ. 205 M bei. — Dotter per 1000 Kilogr. Hanfkuchen russ. 77 M bei. — Kleesaat per 50 Kilogr. rothe russ. 51 M bei. — Spiritus per 10000 Liter % ohne Fäss loco contingentirt 64 1/2 M. Gd., nicht contingentirt 45 M. Gd., per Februar nicht contingentirt 44 1/2 M. Gd., per März nicht contingentirt 45 1/2 M. Gd., per Frühjahr nicht contingentirt 46 1/2 M. Gd., per Mai-Juni nicht contingentirt 47 M. Gd., kurze Lieferung contingentirt 45 M. bei. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 12. Febr. Getreidemarkt. Weizen unveränd. loco 200—215, per April-Mai 211,50, per Mai-Juni 213. — Roggen unveränd. loco 190—205, per April-Mai 209,50, per Mai-Juni 207,50. — Pommerischer Hafer loco neuer 147—158. — Rüböl still. loco per April-Mai 55,20, per Sept.-Oktbr. 55,20. — Spiritus fest, loco ohne 50 M. Consumsteuer —, 70 M. Consumsteuer 44,40, per April-Mai 45,30, per August-September 46,20. — Petroleum loco 10,90.

Berlin, 12. Februar. Weizen loco 200—218 M. per April-Mai 199,50—201—200,50—200,75 M. per Mai-Juni 201,50—202,75—202,25 M. per Juni-Juli 202,75—204,25—204 M. — Roggen loco 202—210 M. Klammer inl. 202—203 M. besserer inländischer 204 205 M. guter inländischer 206 bis 207,50 M. ab Bahn, per April-Mai 206—208,75—208,25 M. per Mai-Juni 204,25—206 M. per Juni-Juli 201,50 bis 204,25—204 M. per Juli-Aug. 191—192—191,50 M. — Hafer loco 152—176 M. süddeutsch. 155—160 M. ost- und westpr. 153—157 M. pomm. u. uckermark. 154—158 M. thale, böhm. und sächs. 156—160 M. feiner thale, mährischer und böhmischer 166—170 M. d. B. per April-Mai 154,75—157—

156,25 M. per Mai-Juni 155—157,25—157 M. per Juni-Juli 155,50—157,50—157,25 M. — Mais loco 140—152 M. per April-Mai 117—117,25 M. per Juni-Juli 118 M. — Gerste loco 180 bis 200 M. — Kartoffelmehl loco 33,50 M. — Trockene Kartoffelfärbere loco 33,50 M. — Feuchte Kartoffelfärbere loco 18,60 M. — Erbsen loco Futterware 167—180 M. Kochware 195—250 M. — Weizenmehl Nr. 00 29,00—26,50 M. Nr. 0 25,00 bis 23,00 M. — Roggenmehl Nr. 00 1 29,00—27,50 M. ff. Marken 31,85 M. per Februar 28,80—29,05 M. per April-Mai 28,00—28,30—28,25 M. per Mai-Juni 27,75—28,00 M. per Juni-Juli 27,50 bis 27,75 M. — Petroleum loco 24,0 M. — Rüböl loco ohne Fäss 55,0 M. per April-Mai 55,3—55,2 M. per Sept.-Oktbr. 55,0—54,9 M. — Spiritus ohne Fäss loco unversteuert (50 M.) 65,5 M. ohne Fäss loco unversteuert (70 M.) 45,9 M. per Februar 45,3 M. per April-Mai 46,2—46,1—46,6—46,2 M. per Mai-Juni 46,7—47,0—46,7 M. per Juli-August 47,2—47,5—47,3 M. per August-Sept.-Oktbr. 47,1—47,5—47,3 M.

Magdeburg, 12. Febr. Zuckerbericht. Rornzucker exkl. von 92% 19,35. Rornzucker exkl. 88% Rendement 18,35. Nachprodukte exkl. 75% Rendement 16,10. Ruhig. Brodriffinade I. 29,75. Brodriffinade II. 29,50. Gem. Rajinade mit Fäss 29,75. Gem. Melis I. mit Fäss 28,50. Ruhig. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per Febr. 14,52 1/2 Gd. 14,50 Br. per März 14,70 Gd. 14,75 Br. per April 14,92 1/2 Gd. 14,95 Br. per Mai 15,10 bei. u. Br. Fest, aber ruhig. — Wochenumsatz im Rohzuckergeschäft 239 000 Cr.

Danzer Fischpreise vom 12. Februar.

Lachs, groß 1,50 M. Aal 0,80—0,90 M. Zander 0,50 bis 1,00 M. Karpfen 0,80—1,00 M. Hecht 0,60—0,75 M. Schleiß 0,80 M. Barsch 0,50—0,60 M. Blöß 0,30 M. Dorsch 0,30—0,40 M. per Pfund. Hering 0,40 M. per Schok. von ca. 10 Pf. vollkommen behauptet und nehmen heute

Butter.

Berlin, 13. Februar. (Wochenbericht von Gebrüder Lehmann und Co.) Das dieswöchentliche Blatgeschäft verließ ziemlich ruhig und es würden sich Überstände an seiner Ware gebildet haben, wenn nicht solche für auswärtige Rechnung aufgekauft worden wäre. Von Landbutter sind billigste Gattungen besser gefragt.

Im Großhandel an Produzenten franco Berlin bezahlte Abrechnungspreise sind (alles per 50 Kilogramm): Für feine und feinste Sahnenbutter von Gütern, Milchpachtungen und Genossenschaften: Ia. 115—118 M. IIa. 110—114 M. IIIa. 106—109 M. abfallende 100—103 M. — Landbutter: preußische und Littauer 90—93 M. Neubrücker 88—93 M. pommerische 88—90 M. polnische 87—89 M. bairische Senn. 95—102 M. bairische Land. 85—90 M. schlesische 90—95 M. galizische 75—80 M.

Zucker.

Magdeburg, 12. Febr. Zuckerbericht. Rornzucker exkl. von 92% 19,35. Rornzucker exkl. 88% Rendement 18,35. Nachprodukte exkl. 75% Rendement 16,10. Ruhig. Brodriffinade I. 29,75. Brodriffinade II. 29,50. Gem. Rajinade mit Fäss 29,75. Gem. Melis I. mit Fäss 28,50. Ruhig. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per Febr. 14,52 1/2 Gd. 14,50 Br. per März 14,70 Gd. 14,75 Br. per April 14,92 1/2 Gd. 14,95 Br. per Mai 15,10 bei. u. Br. Fest, aber ruhig. — Wochenumsatz im Rohzuckergeschäft 239 000 Cr.

Berliner Fondsbörse vom 12. Februar.

Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zum Theil etwas niedrigeren Coursen auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber geschäftliche Anregung in keiner Beziehung dar. Hier entwickelte sich dann auch das Geschäft im allgemeinen euhig; nur einige Ultimoverthe hatte zeitweise etwas regere Thätigkeit für sich und bei überwiegendem Angebot gähn; nur die Course vielmehr allgemein weiter nach; auch der Börsenschluß blieb schwach. Der Kapitalsmarkt wies ziemlich feste Haltung für heimische solide Anlagen auf, deutsche Reichs- und preußische Staats-Anleihe ziemlich

behauptet. Fremde, festen Eins tragegende Papiere wenig verändert und ruhig; russische Anleihen und ungarische 4% Goldrente schwach; russische Noten behauptet. Der Privaldiscont wurde mit 1 1/2 % notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditactien zu etwas schwächerer und weichender Notiz mäßig lebhaft; auch Franzosen, Lombarden und Warschau-Wien schwächer. Inländische Eisenbahnauctionen sehr ruhig. Die speculativen Deutschen im Laufe des Verkehrs nachgebend, aber zu den niedrigeren Coursen lebhafter. Industriepapiere zumeist ziemlich behauptet, aber sehr ruhig. Montanwerthe anfangs matt, später etwas befestigt.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,80	Rumänische amort. Anl.	5	98,10
do. do.	3 1/2	98,75	do. 4% Rente.	4	83,80
do. do.	3	84,00	Türk. Admin.-Anleihe	5	84,25
Konsolidirte Anleihe	4	106,80	Türk. conv. 1% Anl. La.D.	1	18,20
do. do. . . .	3 1/2	98,90	Braunsch. Pr.-Anleihe	—	105,20
do. do. . . .	3	84,10	Goth. Präm. -Pfandbr.	3 1/2	111,75
Staats-Schuldtheine	3 1/2	99,10	do. Rente.	5	81,00
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	3 1/2	93,65	do. neue Rente.	5	82,75
Westpr. Prov.-Oblig.	3 1/2	93,90	Griech. Goldanl. v. 1890	5	57,80
Landsh. Centr.-Pfdbr.	3 1/2	96,30	Mexican. Anl. läuf. v. 1890	6	79,75
Ostpreuß. Pfandbriefe	3 1/2	95,25	do. Eisenb. St.-Anl.	(1 Litr. = 20,40 M)	5
Pomm. Pfandbr.	3 1/2	96,40	do. 68,10	68,10	
Potenthe neue Pfdbr.	4	101,10	Rom II.-VIII. Serie (gar.)	4	80,60
do. do.	3 1/2	96,00			
Westpreuß. Pfandbriefe	3 1/2	95,50			
do. neue Pfandbr.	3 1/2	95,50			
Pomm. Rentenbriefe	4	102,75			
Potenthe do.	4	102,75			
Preußische do.	4	102,75			

Hypotheken-Pfandbriefe.

Dan. Hypoth.-Pfandbr.	4	99,90	Lotterie-Anleihen.		
do. do.	3 1/2	90,90	Bad. Prämien-Anl.	1867	4 139,20
do. do.	4	101,00	Baier. Prämien-Anleihe	4	144,25
Hamb. Hypoth.-Pfdbr.	4	100,50	Braunsch. Pr.-Anleihe	—	105,20
unkndb. b. 1900	4	101,50	Goth. Präm. -Pfandbr.	3 1/2	111,75
Meininger Hyp.-Pfdbr.	4	100,80	Hamburg. 50 thlr. -Loose	3	135,00
Nordd. Grd.-Ed. Pfdbr.	4	100,90	Köln-Mind. Pr.-G.	3 1/2	135,75
Pomm. Hypoth.-Pfdbr.	4	—	Lübecker Präm.-Anleihe	3 1/2	128,25
neue gar.	4	—	Desterr. Loose 1854.	4	123,25
do. do.	3 1/2	92,50	do. Cred.-L.v. 1858	—	333,00
do. do.	3	101,00	do. Loose von 1860	5	124,90
do. do.	2	101,00	do. do.	1864	321,10
do. do.	1	101,00	Olbenburger Loose	5	129,10
do. do.	0	101,00	Pr. Präm.-Anleihe 1855	3 1/2	157,90
do. do.	—	101,00	Raab-Grau 100Z. -Loose	4	164,10
do. do.	—	101,00	Ruhr. Präm.-Anl.	1864	146,00
do. do.	—	101,00	do. do. von 1866	5	140,00
do. do.	—	101,00	Ung. Loose	—	254,00

Eisenbahn-Stamm- und Stamm - Prioritäts - Actien.

Gotthard-Bahn	5	102,70	Gr. Berl. Pferdebahn	226,00	12 1/2
Italien. 3% gar. E.-Pr.	3	56,40	Berlin. Bappen-Fabrik.	98,90	7
Kais.-Oderb. Gold-Pr.	4	96,60	Wilhelminenhütte	59,00	—
Kronpr.-Rudolf.-Bahn	4	82,40	Oberleitl. Eisenb.-B.	54,50	5
Teiterr.-Fr.-Gtaatsb.	3	85,30	Berg- u. Hüttingesellschaften.	Div. 1890	—
Teiterr. Nordwestbahn	5	92,40	Dortm. Union-St.-Prior.	56,60	—
do. Elbhald.	5	—	Rönigs- u. Laurahütte	104,30	8
Güdöllter. P. Lomb.	3	62,50	Giolberga, Zink.	48,00	3 1/2
do. 5% Oblig.	5	104,10	do. St.-Pr.	116,00	8 1/2
Ungar. Nordostbahn	5	88,00	Victoria-Hütte	—	—
do. do. conv. neue	5	108,25	Wechsel-Cours vom 12. Februar.		
Anatol. Bahnen	5	84,40	Amsterdam	8 Tg.	3 168,80
Breit-Grajewo	5	93,50	do. 2 Mon.	3	168,30
Kursk-Charkow	4	88,25	London	8 Tg.	3 20,40
Kursk-Kiew	4	86,60	do. 3 Mon.	3	20,32
Mosko.-Rjalan.	4	87,25	Paris	8 Tg.	3 81,00
Mosko.-Smolensk.	5	98,80	Brüssel	8 Tg.	3 80,85
Orient. Eisenb.-B.-Obl.	4 1/2	98,00	do. Elbhald.	2 Mon.	3 80,65
Rjajan-Koslow	4	86,50	Wien	8 Tg.	4 172,50
do. do.	5	117,75	do. 2 Mon.	4	171,70
do. do.	5	—	Petersburg	3 Wch.	5 1/2 199,60
do. do.	5	—	do. 3 Mon.	5 1/2	198,30
do. do.	5	—	Warschau	8 Tg.	5 199,85

Vorsit der Reichsbank 3 %.					
Gorten.					
Dukaten					
Gouvernegs					
20-Francs-St.					
Imperials per 500 Gr.					
Dansiger Delmühle	118,75	13			
do. Prioritäts-Act.	115,25	11			
Englische Banknoten	—	4			
Französische Banknoten	—	4			
Deutsch. Banknoten	172,50	—			
Russische Banknoten	200,00	—			

denselben Standpunkt ein, als am Schluß der vorhergehenden Berichtswoche. Der Wochenumsatz beträgt 239 000 Centner.

Raffinirter Zucker. Der Markt verkehrte in dieser Woche in ruhiger, abwartender Haltung bei ganz unveränderten Preisen und sehr schwachem Geschäft.

Terminpreise abgültig Steuervergütung: Rohzucker I. Product Basis 88 % a. frei auf Speicher Magdeburg; Rotzlos. b. frei an Bord Hamburg: Februar 14,60 M. Br. 14,52 1/2 M. Gd. März 14,75 M. Br. 14,70 M. Gd. April 14,95 M. Br. 14,92 1/2 M. Gd. Mai 15,10 M. bei. 15,10 M. Br. 15,07 1/2 Gd. Juni 15,22 1/2 M. Br. 15,17 1/2 M. Gd. Juli 15,35 M. Br. 15,27 1/2 M. Gd. Aug. 15,45 M. Br. 15,37 1/2 M. Gd. Okt. Dezember 13,20 M. Br. 13,12 1/2 M. Gd. Tendenz: Fest, ruhig.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 12. Februar. Wind: W. Gesegelt: Bernhard (Gd.), Roos, Hamburg, Güter 13. Februar. Wind: NW. Nichts in Sicht.

Retournirt: Bernhard (Gd.), Roos.